

**BfT Newsletter 10.23-2 mit Dr. Pöltelts WELTWOCHE Nr. 41/2023 vom 12.Okt. 2023
- Auszüge: Krieg / Terror im Nahen Osten, General-Angriff auf die Freiheit, u.a.**

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie, liebe weitere Interessierte, wertere Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info, anbei der BfT Newsletter 10.23-2 mit Newsletter Nr.41 von Herrn Dr. Pöltelt - Nachrichten, überwiegend non mainstream, die zum eigenständigen Denken anregen sollen.

Dr. Pöltelts Zusammenfassung s.u., wieder kein Kommentar dazu von meiner Seite, jedoch möchte ich dazu noch einige Links ergänzen - Hintergründe zum aktuellen Krieg im Nahen Osten - *wenn einflussreiche Personen, deren Unterstützer und Hintermänner auf beiden Seiten keinen Frieden wollen und den Menschen der anderen Seite das Existenzrecht absprechen, kann es keinen Frieden geben* - dazu Krieg der Medien, die den Krieg mit Pearl Harbor und 9/11 vergleichen - ja ... und freie Medien, wie auf1 weiter versuchen mundtot zu machen:

<https://www.youtube.com/watch?v=Xfz9gFr3BtU> 12min29 - 10.10.23 [Marc Friedrich](#) - Mossad und Armee versagen! Wie konnte das passieren? ...

Chaos, Geiselnahmen, Ermordungen auf offener Straße und viele offene Fragen. Was passiert da gerade in Israel? Kurz gesagt, es herrscht Krieg! Doch wie konnte das alles passieren, wenn doch in Israel der teuerste und womöglich beste Geheimdienst Mossad seinen Sitz findet? Wieso waren die Grenzen beinahe unbewacht und warum wurde erst so spät davon berichtet? All dies und noch mehr analysieren heute.

https://auf1.tv/nachrichten-auf1/der-israel-krieg-bedroht-auch-europa-eine-erste-einordnung?mc_cid=38d14b3335&mc_eid=47842afd6e 13min02 - 9.10.23

AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet gibt eine erste Einordnung zum Terror und Krieg in Israel. Europa wird vom Krieg in Israel direkt bedroht:

Einerseits, weil Millionen Muslime in unsere Städte importiert wurden, die nun an der Seite ihrer Brüder in Palästina bereit sind zu kämpfen. Zu kämpfen im Herzen Europas. Und andererseits, weil sich das Medien- und Polit-Kartell bedingungslos an die Seite Israels stellt. Ohne den Bürgern ehrlich zu sagen, was dies in letzter Konsequenz bedeutet: Krieg, Terror, unsagbares Leiden.

Stefan Magnet versucht eine erste Analyse. Die Toten sind noch nicht begraben und schon haben die Seiten klar Stellung bezogen: Deutschland, Österreich und der gesamte Westen bedingungslos und plakativ „pro Israel“, selbst die angeblich neutrale Schweiz. Und die muslimische Welt erwartbar pro Palästina.

Wem nützt das Blutbad in Israel wirklich – und warum vergleichen Systemmedien die Ereignisse mit 9/11 und Pearl Harbor? Und welche Gefahr droht für Deutschland und Europa, wenn sich die Regierungspolitiker bedingungslos an die Seite Israels stellen?

<https://auf1.tv/nachrichten-auf1/pearl-harbor-amerikas-inszenierter-eintritt-in-den-2-weltkrieg> 2min50 - 13.10.23 - stimmt das, was Danielle Ganser faktenrecherchiert postuliert?!

... "Wir stehen fest an der Seite von Israel" "... und tun alles für Euren Schutz" so Deutsche Politiker, u.a. Baerbock und Faeser unisono mit anderen westlichen Politikern, während jetzt "Entwicklungs-"Gelder an (militante) Palästinenser eingefroren werden - Dummheit oder Heuchelei?

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/bundesregierung-palaestinenser-partestiftungen/> 9.10.23 - Parteistiftungen und derlei als dunkle Kanäle - **Wie die Bundesregierung heimlich Gelder an militante Palästinenser schmuggelt** - Von [Matthias Nikolaidis](#)

Schon vor einem halben Jahr war eine Gruppe von marxistischen Pro-Palästina-NGOs aufgefallen, die enge Bande zum Gazastreifen und zur Hamas hatten. Trotz vorliegender Beweise gegen die Gruppen setzen das Auswärtige Amt und andere Ministerien die Finanzierung der Gruppen fort – allerdings über undurchsichtige Kanäle. ...

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/israel-hamas-deutschland-kritik-muslime-finanzierung-100.html> 9.10.23 - **Deutsche Hilfe auf Prüfstand : Keine 250 Millionen mehr für Palästinenser?** - von

Dominik Rzepka - Nach den Hamas-Attacken auf Israel diskutiert Berlin den Stopp von Hilfszahlungen an Palästinenser. Juden in Deutschland reicht das nicht.

<https://auf1.tv/nachrichten-auf1/stefan-magnet-zur-bruessel-zensur-kampf-gegen-freie-medien-wird-mit-allein-mitteln-gefuehrt> 3min00 - 13.10.23

Und zum Thema menschengemachte Klimaerwärmung:

<https://www.anti-spiegel.ru/2023/die-nackten-zahlen-zeigen-dass-die-klimadebatte-volksverdummung-ist/>

<https://www.anti-spiegel.ru/2023/wie-einig-ist-sich-die-wissenschaft-wirklich/>

Und: www.kla.tv/27145 / <https://www.kla.tv/2023-10-07/27145&autoplay=true> 07.10.2023 - **China – dieses Herrschaftssystem droht uns allen!**

Noch vor wenigen Jahrzehnten war China ein völlig verarmter und technologisch rückständiger Agrarstaat. Innerhalb von nur ca. 30 Jahren ist es jetzt im Begriff, wirtschaftlich, technologisch und auch militärisch zu einer weltweiten Führungsmacht aufzusteigen. Um diesen kometenhaften Aufstieg der Volksrepublik China richtig einordnen zu können, ist es wichtig, deren Entstehung und Entwicklung näher zu betrachten. Was nämlich in den offiziellen Geschichtsbüchern und auch den Mainstream-Medien über die Geschichte der Volksrepublik China nicht zu lesen ist, wäre, dass sie laut namhaften investigativen Journalisten untrennbar mit drei Namen verbunden ist: Rothschild, Rockefeller und den Skull & Bones. Folgen Sie uns nun auf eine abenteuerliche Reise durch die Geschichte Chinas, bei der deutlich wird, dass China als Instrument der neuen Weltordnung gezielt aufgebaut wurde und einen Vorschatten des geplanten Weltherrschaftssystems darstellt. ...

s. auch <https://uncutnews.ch/chinas-aufstieg-von-der-gedemuetigten-kolonie-zur-weltmacht/>

und <https://www.deutschlandfunk.de/militaermacht-china-aufruesten-fuer-eine-neue-weltordnung-100.html>

Alles nur Verschwörungstheorien oder was?

Wir Bürger für Technik bleiben dabei: [Ein jeder lese / höre, denke selbst und bilde sich seine eigene Meinung \(aber Fakten bleiben Fakten\) ...](#)

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://buenger-fuer-technik.de>

https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

[https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/](https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf)

[AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf](https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf)

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

ps **Wir, die Bürger für Technik e.V.** sind ein deutschlandweit tätiger, naturwissenschaftlicher Verein dem die Themen **Bildung und Energie** besonders am Herzen liegen und sehen mit großer Sorge wie was in Deutschland gerade bei diesen beiden Themen, aber auch darüber hinaus passiert. Wir vertreten aber **mit klarer Kante wissenschaftlich basierte Fakten** und Meinungen und werden nicht schweigend / tatenlos zusehen, wie unser Land mit nicht evidenz-basierten Ideologien an die Wand gefahren wird. Dies gilt für die Themen Bildung, Energie / Klima ebenso wie für "Corona" etc. ...

Wind- und Solarkraftwerke können Kern-, Gas- und Kohlekraftwerke nicht ersetzen! Alleine mit Sonne und Wind kann keine moderne Volkswirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden - **Stichwort Dunkelflauten.** Denn das **Kardinalsproblem, dass Strom nicht in relevanter Menge speicherbar ist, ist ungelöst**, wird totgeschwiegen und nicht durch den Bau von immer mehr Windrädern und Solarpanelen gelöst.

Und es wird keine Weltklimakatastrophe geben - jedenfalls nicht in Kürze wegen menschengemachtem CO₂. Dies ist nicht schädlich, sondern im Gegenteil essentiell - **CO₂ ist das Gas des Lebens** für die Pflanzen und damit für alles Leben auf der Erde. Bei zu niedriger CO₂-Konzentration

(< 0,02 %) stellen die Pflanzen Ihr Wachstum ein. Derzeit haben wir ca. 0,04%. Zu Zeiten der Dinosaurier war der CO2-Gehalt ca. 10 mal so hoch. Deswegen waren Pflanzen und Tiere sehr viel größer als heute und Gewächshäuser werden vielfach mit CO2 begast - Klimakatastrophe? Nein.

ps2 Nachdem wir unsere eigene Tagung erneut mit diversen tollen Vorträgen und viel Lob absolviert haben, s. <https://buenger-fuer-technik.de/aktuelles/>, bleiben wir dabei auf die **Konferenzen von Anderen, Mitstreitern** hinzuweisen, nämlich www.akademie-bergstrasse.de/kernenergie-tagung-2023 und <https://www.energie-naturschutz.de/veranstaltungen/energiewende-schon-am-ende-neues-zur-ganzheitlichen-bilanzierung-der-energiewende> beide am 26.10.23 in Frankfurt sowie <https://grosse-meuterei.de/> GROSSDEMO KIEL 4. November 2023 13:00 Uhr - Wilhelmplatz - mit u.a. mir, Dr. Martin Lindner, als Redner - s. auch https://grosse-meuterei.de/videos/2023-10-03_Rede-Hamburg.mp

----- Original Nachricht -----

Betreff: Die WELTWOCHEN Nr. 41/2023 vom 12. Oktober 2023 - Auszüge u. a.

Datum: 12.10.2023 10:16 (GMT +02:00)

Von: Dr. Helmut Pöltelt <He.Poeltelt@t-online.de>

An: He.Poeltelt@t-online.de

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

nun haben wir nach dem Ukraine-Krieg, Berg-Karabach und Israel drei bewaffnete Konflikte, die uns zutiefst beunruhigen. Der Züricher freie Journalist und Rechercheur Marcel Bühler, den ich persönlich kennenlernen konnte, versucht uns einen realen Durchblick durch diese komplizierte, gefährliche und unerfreuliche Gemengelage zu vermitteln. Herr Bühler ist parteilos, berichtet objektiv und wahrheitsgemäß.

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist schon viele Jahrzehnte alt und spaltet die Gesellschaften bei jeder neuen Eskalation. In den Mainstream-Medien werden die Terrorattacken der Hamas, die auf Seiten der Israelis bisher über 900 Tote und rund 2'800 Verletzte forderten, einhellig verurteilt. Immer wieder werden dabei die Ereignisse des vergangenen Wochenendes mit 9/11 oder mit dem Überfall auf den US-Marinestützpunkt "Pearl Harbor" im Jahre 1941 verglichen.

Tom Segev zählt zu den bedeutendsten Historikern Israels. Hier spricht er über den Terror der Hamas und die Zukunft seines Landes. Und er erklärt, was es für Frieden mit den Palästinensern braucht.

"Was macht der US-Flugzeugträger in Israel?", fragt der türkische Präsident Erdogan und warnt vor einem Massaker im Gazastreifen. Zudem berät er sich mit Putin.

Das zweitägige Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Granada, einer Kreation der EU und Macrons mit dem Ziel, Länder in Osteuropa und auf dem Balkan an die EU zu binden, endete ohne Ergebnisse.

Der grüne Wirtschaftsminister fährt einen China-kritischen Kurs. Deutsche Firmen setzen aber weiter auf das Reich der Mitte – und dafür gibt es Gründe.

Entwicklungs- und Schwellenländer sind durch die zunehmenden Klimagefahren in ihrer Zukunft immer unsicherer. Auch die Pandemiepolitik der Industrieländer hat sie vor große wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Maßnahmen, die den globalen Wirtschaftswachstum fördern, und finanzielle Ressourcen, um die Klimakrise anzugehen, werden dringend benötigt.

Matthias Weik unterzieht die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung einer schonungslosen Analyse und beziffert die Kosten der unkontrollierten Einwanderung für Deutschland.

Die steigenden Kosten der Windenergie erklärt Fritz Vahrenholt. Versprochen wird uns billigerer Windstrom.

Mainstream-Medien erhalten Milliarden von Dollar von Globalisten, um koordinierte, auf Angstmacherei basierende Klimawandel-Propaganda zu fabrizieren, die vorgibt, „Nachrichten“ zu sein. Beim "Dialogforum der Bundesregierung" sollte sich Verteidigungsminister Pistorius den Fragen der Bürger stellen. Ein Teilnehmer stellte jedoch eine Frage, die dann abgewürgt wurde. Der darauf folgende Dialog machte international Schlagzeilen, wird von deutschen Medien jedoch verschwiegen.

Die strauchelnde Windkraft steckt in der Krise, die ambitionierten Vorgaben der EU rücken in weite Ferne.

Die AfD ist endgültig im Westen angekommen.

Tausende Wissenschaftler schließen sich zusammen zur Beendigung der KLIMANOTSTAND-Hysterie.

Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank bringen unsolide Länder in Konkursgefahr. Nur mit Geld aus Deutschland lässt sich der Kollaps noch verhindern.

Staatliche und internationale Machtapparate wollen unseren täglichen Leben beherrschen. Die Versuche laufen über das Geldsystem, den Ökologismus und die Digitalisierung. Es ist ein Generalangriff auf unsere Freiheit.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Pöltelt

Inhaltsverzeichnis

Separate pdf.Datei: 2023-09-26 FAZ DNA der Wissenschaft verteidigen - Wissenschaftsfreiheit

S.4 [Generalangriff auf die Freiheit](#) - von Carlos A. Gebauer

S.6 [Das Gespenst des Staatsbankrotts](#) - von Joachim Starbatty

S.7 [Strauchelnde Windbranche gefährdet Klimaziele der EU](#) - von Deutsche Wirtschaftsnachrichten

S.9 [Borrells "blühender Garten" wird von Krähen zerplückt](#) - von Jelena Karajewa,

S.11 [Die große Migration hat noch gar nicht begonnen](#) - Matthias Weik

S.16 [Die AfD ist endgültig im Westen angekommen](#) - NZZ, Alexander Kissler

S.17 [Deutsche Firmen investieren massiv in China - trotz Druck aus Berlin](#) - von Nicolas Dvorak

S.19 [Pistorius reagiert wütend auf kritische Frage zur Ukraine und entzieht dem Fragesteller das Wort](#)
- von Thomas Röper, Anti-Spiegel,

S.23 [War das Terror-Wochenende wirklich Israels „9/11“](#) - von Marcel Bühler, Zürich,

S.24 [Die Finanzierung unseres Überlebens](#) - von Vera Songwe

S.28 [Die schlimmsten Tage seit 1948](#) - von Tom Segev, Weltwoche mit Pierre Heumann

S.30 [Erdogan verurteilt Entsendung von US-Flugzeugträger nach Israel](#) - von Gregor Uhlig

xxx

Im Folgenden die ganzen Artikel:

[Generalangriff auf die Freiheit](#)

Staatliche und internationale Machtapparate wollen unseren täglichen Leben beherrschen. Die Versuche laufen über das Geldsystem, den Ökologismus und die Digitalisierung.

Carlos A. Gebauer

Jedes menschliche Zusammenarbeiten ist umso erfolgreicher, je besser die



jeweilige Kooperation organisiert ist. Das gilt nicht nur im Wirtschaftsleben. Auch die Welt der Politik ist seit je bemüht, ihre verwaltende Machtausübung über Menschen organisatorisch zu optimieren. Legendär ist das Versprechen Lenins, die ganze Welt aus den Angeln zu heben, verfüge er erst einmal über eine hinreichende Organisation von Revolutionären.

Doch nicht nur der menschliche Impetus, Macht über andere auszuüben, bewegt sich stets auf einem Verbesserungskurs. Auch in gegenläufiger Richtung sehen die Geschichtsbücher eine Abfolge von wechselnden Massnahmen, um herrschaftliche Übergriffigkeiten abzuwehren und die Freiheitsräume der Beherrschten zu schützen. Die Befugnisse der Volkstribune aus dem alten Rom sind sprichwörtlich. Und sie fanden ihre Fortsetzung nicht zuletzt in den Menschen- und Bürgerrechten der modernen Staaten.

Angesichts der aktuell globalen Umbruchbestrebungen fällt indes auf, dass sich staatliche und überstaatliche Organisationsstrukturen eine historisch ungesehene Machtfülle verschafft haben. Spiegelbildlich ist die Garantie der Menschenrechte in eine tiefe Krise geraten.

Drei zentrale Fronten

Wer zur Emanzipation des Individuums wieder Wege aus diesen entmündigenden Beherrschungsautomatismen finden will, wird vorab drei zentrale Angriffsfronten analysieren müssen. Zunächst das weltweit entgleiste Geldsystem und die machtvollen Bestrebungen, seinen Kollaps einzuhegen. Sodann die Neuausrichtung alles Politischen auf einen extensiv interpretierten Ökologismus. Und schliesslich sämtliche Massnahmen zur Digitalisierung der Welt, um den Herrschern über das weltweite Informationsnetz die Kontrolle sowohl über alles Erzählte wie auch alle Erzählung zu verschaffen. Diese drei Attacken auf alle Menschenrechte lassen sich wie folgt ausbuchstabieren:

_ **Erstens** wirkt ein in global vernetzten Zentralbanken faktisch monopolisiertes Geldsystem mit vielfältigen Inflations- und Interventionspotenzialen zur Durchsetzung mikro- wie makropolitischen Ziele aller rationalen Lebensplanung des Einzelnen diametral entgegen. Ohne die Möglichkeit tragfähiger kaufmännischer Buchführung mit sicheren Wertbezügen kann langfristiges Wirtschaften weder im Beruf noch im Privatleben gelingen. Wo private finanzielle Dispositionen geldpolitisch unmöglich gemacht werden, wird der Staatsbürger ökonomisch zum Untertanen.

_ **Zweitens** wirkt die Monopolisierung alles Politischen auf ein Zentralziel namens Ökologie im Effekt wie eine neue kopernikanische Wende: Ziel alles gesellschaftlichen Wirkens ist nun nicht mehr, die Lebensverhältnisse der Mitmenschen von Mühsal zu entlasten und Wohlstand für alle zu schaffen. Stattdessen vollzieht sich eine fatale Verschmelzung von Umweltpolitik und Gesundheitspolitik, um dem mörderischen Wolfsangriff auf die materielle Lebensgestaltung der Privaten das kaschierende Schafsfell einer allumfassenden und nur deswegen breit akzeptierten Krankheitsbekämpfung umzuhängen.

_ **Drittens** wird dieser unterdrückende Generalangriff auf eine autonom gelingende bürgerliche Lebensführung mit den Mitteln der totalen Digitalisierung herrschaftslogisch verabsolutiert. Das informationstechnisch gesamterfasste und lückenlos überwachte Individuum wird zum Objekt allzeit möglicher staatlicher Interventionen. Der vormals freie Bürger trifft keine eigenen Entscheidungen mehr, sondern vollzieht nur noch die allgegenwärtige staatliche Modellplanung in der ihr gehorsam nachlaufenden Realität.

Massenpsychologie

Wie auch immer diese grosspolitischen Transformationsbestrebungen genannt werden – Agenda 2030, Great Reset oder Vierte Industrielle Revolution –, sie **alle zielen auf eine Dekonstruktion der gewachsenen und bislang vertrauten gesellschaftlichen Strukturen**. Wir sehen eine konzertierte politische Zerreissung der inneren Bindekräfte unserer zwischenmenschlichen Existenz und unseres mitmenschlichen Interagierens. Unter lautstarken medialen Gesängen der gesellschaftlichen Solidarität, der Demokratie und der Vielfalt werden die vor- und ausserstaatlichen dezentralen Bande unter den Menschen gekappt, ihr eigener politischer Einfluss auf die Gemeinwesen wird überstaatlich marginalisiert und ein politisch korrektes Wohlverhalten massenpsychologisch erwirkt.

Die Kooperationsmechanismen dazu sind wohlorchestriert. **Solange das Geld digitalisiert Richtung Ökologismus fließt, erstarkt die Organisation dieses Apparates weiter.** Beobachten wir, wie sich die erwartbare Gegenbewegung zum Schutz der Menschen dieses Mal darstellen wird.

Carlos A. Gebauer ist ein deutscher Jurist, Publizist und Schriftsteller

Das Gespenst des Staatsbankrotts

von Joachim Starbatty

Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank bringen unsolide Länder in Konkursgefahr. Nur mit Geld aus Deutschland lässt sich der Kollaps noch verhindern.

Politiker und auch Ökonomen haben während der langen Periode der Geldwertstabilität geglaubt, dass Inflation ein Phänomen von gestern sei. Die Skeptiker, die wegen der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der von ihr betriebenen Geldschwemme vor aufkommenden inflationären Gefahren warnten, wurden belehrt, dass man inzwischen in einer neuen Welt lebe. Nun befinden wir uns wieder in der alten Welt: Die Inflation ist zurück und mit ihr das Gespenst des Staatsbankrotts.

Die EZB muss die Zinsen stärker erhöhen, um sich auf den Märkten Respekt zu verschaffen.

Als sich in der Euro-Zone die Inflation zurückmeldete, haben EZB-Präsidentin Christine Lagarde, das Direktorium und der Zentralbankrat der EZB inflationäre Anzeichen kleingeredet und zinspolitisches Gegensteuern für nicht angebracht gehalten. Die EZB hoffte, mit ihrer Nullzinspolitik für die überschuldeten Länder Zeit kaufen zu können, damit diese ihre Haushalte sanieren würden.

Warnung vor Kontrollverlust

Diese Annahme war auf Sand gebaut. Welche Regierung lädt sich die Lasten der Sanierung auf, wenn Geld für nahezu nichts zu haben ist? Da die EZB die Gefahren für die Geldwertstabilität nicht länger leugnen konnte, hat sie den Leitzins auf inzwischen 4,5 Prozent angehoben. Er liegt damit aber immer noch unter der aktuellen Preissteigerungsrate.

Um die Euro-Zone nicht auseinanderbrechen zu lassen, weil die Kapitalmärkte den überschuldeten Staaten der Euro-Zone nicht zutrauten, auf Dauer Zinsendienst und Rückzahlung leisten zu können, und deshalb deren Staatspapiere abstossen würden, hat die EZB ihr geldpolitisches Arsenal um das «Transmission Protection Instrument» erweitert. Sie kann nun Anleihen derjenigen Mitgliedstaaten kaufen, deren Renditen wegen des internationalen Vertrauensverlustes im Vergleich zu deutschen Anleihen merklich gestiegen seien.

Das ist ein zweites «Whatever it takes» – ähnlich wie bei jenem ersten Mal 2012, als der damalige EZB-Chef Mario Draghi mit dieser Formulierung klarmachte, dass man den Euro retten werde, was immer es kostete. Weil die EZB bei anziehender Inflation den Zeitpunkt verpasst hat, zu dem der Anstieg des Leitzinses noch Wirkung gezeigt hätte, muss sie nun die Zinsen stärker erhöhen, um sich auf den Märkten Respekt zu verschaffen. Daher haben wir in der Euro-Zone ein doppeltes Problem – vom Bankrott bedrohte Mitgliedstaaten einerseits und Inflation andererseits.

Obwohl Deutschland im Vergleich zu seinen Partnern noch gut dasteht, hat der deutsche Bundesrechnungshof die Bundesregierung vor einem finanziellen Kontrollverlust gewarnt.

Innerhalb von zwei Jahren hat sich der Zinsaufwand verzehnfacht: von 3,9 Milliarden (2021) auf 39,8 Milliarden Euro (2023). Zudem hat der deutsche Finanzminister Christian Lindner in der Präsentation des Bundeshaushaltes 2024 vor dem Deutschen Bundestag von einem Eisberg gesprochen: Die sichtbaren Ausgaben seien nur ein Teil der in den nächsten Jahren auf den Bund zukommenden Zahlungsverpflichtungen, die dieser bereits in seinen Sozialleistungsgesetzen eingegangen sei.

Kehrt die deutsche Bundesregierung auf dem Weg um, Zahlungsverpflichtungen einzugehen, die nicht durch zukünftige Einnahmen gedeckt sind? Weit gefehlt: Die Ampelkoalition in Deutschland beschliesst gerade Mehrausgaben in Höhe von jährlich 2,4 Milliarden Euro als Kindergrundsicherung für einkommensschwache Familien. Die damit einhergehenden bürokratischen Verfahren und Kontrollen sind nahezu unüberschaubar.



Eingefädelt durch Macron und Merkel

Die Kindergrundsicherung sieht aber nicht Ausgaben für eine bessere Ausbildung für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten vor, um deren zukünftige Einkommen zu erhöhen. Das wäre ein positiver Beitrag für ein höheres Sozialprodukt gewesen. Die vorgesehene Kindergrundsicherung ist in Wirklichkeit ein Beitrag zu einem höheren Sozialkonsum einkommensschwacher Familien. Sie trägt nichts zur künftigen Steigerung des Volkswohlstandes bei. Es ist abzusehen, dass diese Zahlungen aufgestockt werden müssen, wenn die Inflation einen Teil davon wegfrisst. Lindners Eisberg wird wachsen.

Wenn sogar in Deutschland das Gespenst des Staatsbankrotts herumspukt, wie sieht es in den Staaten der Euro-Zone aus, die jetzt schon am Rande des Staatsbankrotts entlangschlittern? Deren Regierungen können beruhigt sein. Solange Deutschland auf den internationalen Kapitalmärkten kreditfähig ist, sind sie gerettet.

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat es in einer ihrer Wahlreden wie folgt zum Ausdruck gebracht: Die Italiener müssten sich wegen der italienischen Schulden keine Sorgen machen; jetzt und in Zukunft könnten sie sich darauf verlassen, dass die Euro-Zone für Italiens Schulden aufkomme.

Der deutsche Bundesrechnungshof hat die Bundesregierung vor einem finanziellen Kontrollverlust gewarnt.

Nachdem seinerzeit in der Euro-Zone in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 2010 die *no bail-out*-Klausel – Art. 125 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): Weder die Gemeinschaft noch ein einzelnes Mitgliedsland haften für die finanziellen Verpflichtungen eines anderen Mitgliedstaates – entsorgt wurde, hat die versprochene europäische Stabilitätsunion zum «Währungssozialismus» (Václav Klaus) mutiert. Angela Merkel, die frühere Bundeskanzlerin, hat das noch abgesegnet: «Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa.»

Die Illusion, dass schliesslich doch jedes Mitgliedsland für seine Schulden aufkommen müsse, wurde mit der am 12. Februar 2021 beschlossenen Gemeinschaftsanleihe (Next Generation EU) in Höhe von 806,9 Mrd. Euro endgültig beseitigt. Sie war von Emmanuel Macron und Angela Merkel eingefädelt worden. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haften für diese Anleihe, aus der sie nach Bedarf schöpfen dürfen.

Die Euro-Zone ginge bankrott

Wer steht für Bedienung und Rückzahlung dieser Anleihe gerade? Griechenland, Italien oder Spanien? Wäre Deutschland bei dieser Anleihe nicht dabei gewesen, hätte sie keine Abnehmer gefunden. Wenn Zweifel aufkommen, dass Deutschland mit dieser Last auf Dauer überfordert ist, wird alle Welt diese Anleihe und auch die nationalen Staatsanleihen abstossen wollen. Dann ginge nicht bloss ein einzelnes Mitgliedsland bankrott, sondern die Euro-Zone insgesamt.

Solange Finanzminister Lindner die Bundesregierung gegen den Widerstand der Roten und Grünen auf die Schuldenbremse verpflichten kann, bewahrt er das Konstrukt Euro-Zone vor dem Bankrott – noch.

Joachim Starbatty ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen und war von 2014 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments.

xxx

Strauchelnde Windbranche gefährdet Klimaziele der EU

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN, 04.10.2023

Die Windkraft steckt in der Krise, die ambitionierten Vorgaben der EU rücken in weite Ferne.

Lieferkettenprobleme, Konstruktionsfehler, höhere Kosten - das Windkraftgeschäft in Europa kämpft derzeit mit mehreren Hindernissen gleichzeitig. Derweil setzen sich Regierungen weltweit - vor allem aber in Europa - ehrgeizige Klimaziele, die nur mit einem raschen Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen sind - einschließlich Windkraft.

Doch zahlreiche Projekte haben sich verzögert, einige kommen überhaupt nicht zustande. "Wir sehen eine große Lücke zwischen den Zielen für erneuerbare Energien und Windkraft für 2030 und dem Weg, auf dem wir uns gerade befinden. Wir wachsen zwar, aber längst nicht schnell genug", sagt Ben Backwell, Chef des Handelsverbands Global Wind Energy Council.

Der Wettlauf in der Energiewende setzt Hersteller zunehmend unter Druck, mit der steigenden Nachfrage nach sauberer Energie Schritt zu halten. Dies gilt vor allem für die EU, die bis 2030 ihren Anteil an erneuerbaren Energien auf 42,5 Prozent von aktuell 32,0 Prozent hochfahren will. Dies erfordert nach Angaben des Branchenverbands WindEurope 420 Gigawatt (GW) Windenergie, darunter 103 GW Offshore - mehr als das Doppelte der derzeitigen Kapazität von 205 GW, von denen nur 17 GW auf Offshore-Windkraftanlagen entfallen.

In diesem Jahr wurden bereits mehrere Projekte vor den Küsten Großbritanniens, Norwegens und der Niederlande aufgrund steigender Kosten und Lieferkettenprobleme verschoben oder auf Eis gelegt. Zugleich ließ sich in Großbritannien bei der jährlichen Auktion für den staatlich geförderten Ausbau erneuerbarer Energien im September kein Interessent für neue Windparks auf See finden.

Die Regierung in London hatte den Garantie-Preis für den Strom aus Windkraft im Vergleich zur letzten Auktion gesenkt, weshalb Investoren ihre Kosten ohne höhere Subventionen aus London nicht mehr decken können. "Wenn dies zu einer längeren Projektpause führt, werden zweifellos viele der für 2030 gesetzten Ziele unter Druck geraten", sagt Jon Wallace, Investmentmanager bei Jupiter Asset Management.

Grenzen der Physik

Schon bevor sich die EU in diesem Jahr auf ihr neues Vorhaben für erneuerbare Energien einigte, hatten Unternehmen wie Orsted, Shell, Equinor, der Windturbinenhersteller Siemens Gamesa und WindEurope davor gewarnt, dass die Offshore-Windindustrie nicht groß genug sei, um die hoch gesteckten Klimaziele zu erreichen.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten konnte die schnell wachsende Branche ihre Technologiekosten so weit senken, dass sie in einigen Teilen der Welt gleichwertig oder sogar billiger als fossile Brennstoffe sind. Doch das hohe Tempo bei der Entwicklung immer größerer und effizienterer Turbinen war möglicherweise zu voreilig, sagen einige Führungskräfte und Analysten.

Die Größe der Turbinen hat sich in jedem Jahrzehnt ungefähr verdoppelt. Die größten Windräder, die 2021 und 2022 in Betrieb gingen, haben 110 Meter lange Flügel und eine Leistung von zwölf bis 15 Megawatt (MW).

Doch je größer sie sind, umso anfälliger sind sie für Störungen, sagt Analyst Rob West von der Beratungsfirma Thunder Said Energy. Das habe physikalische Gründe: Größere Flügel sind schwerer und biegen sich stärker, weshalb sie steifere und teurere Materialien benötigen.

Opfer des Erfolgs

Erste Nebenwirkungen haben bereits ihre Spuren in der Branche hinterlassen. Im Juni hatte Siemens Gamesa seine Kunden und Anleger **mit weitreichenden Qualitätsproblemen bei seinen Windturbinen geschockt**. Bis alle Probleme behoben sind, könnte es Jahre dauern und mehr als eine Milliarde Euro kosten. "Wir sind ein Opfer unserer Erfolge der letzten Jahre geworden", klagt Siemens-Gamesa-Chef Jochen Eickholt. Der Konzern ist mit den Problemen nicht allein: Auch der weltweit führende Turbinenhersteller Vestas kämpft damit, seine Aufträge vollständig auszuliefern.

Zugleich erhöhen Regierungen auf der ganzen Welt das Tempo bei Auktionsrunden und Ausschreibungen für Meeresbodenlizenzen. Bis Ende 2024 werden weltweit mehr als 60 GW an Offshore-Windkraftverträgen und -pachten zu vergeben sein, wie aus einer Studie von Bloomberg New Energy Finance hervorgeht.

Für viele traditionelle Energieversorger sind die Preise bei den Auktionen jedoch zu hoch geworden, um mit großen Konzernen auf der Jagd nach umweltfreundlicheren Energiequellen konkurrieren zu können. Der Ölriese BP hatte etwa den Zuschlag für zwei Offshore-Windprojekte in der deutschen Nordsee erhalten, für die sich auch der Essener Energieversorger RWE beworben hatte. BP hatte rund 6,8 Milliarden Euro geboten und damit für Aufsehen gesorgt, zumal sich für weitere Offshore-Felder der französische Versorger TotalEnergies mit Geboten in Milliardenhöhe durchsetzte.

Die Höhe der Gebote hatte in der Branche Sorgen befeuert, dass die finanziell weit überlegenen Ölkonzerne jede Auktion für sich entscheiden könnten. "Die Regierungen können und sollten dieses Problem schnell beheben, sonst könnte es zu einem großen Marktversagen kommen", fordert Experte Backwell. Dann ließen sich auch die Klima- und Wirtschaftsziele nicht erreichen.

Weiterlesen

- [Von wegen Dekarbonisierung: Fossile Energieträger boomen](#)
- [Verstärkt Windkraft den Klimawandel?](#)
- [Vattenfall stoppt wegen Preisexplosion Offshore-Projekt vor England](#)

xxx

Borrells "blühender Garten" wird von Krähen zerpfückt

Von Jelena Karajewa, 08.10.2023

Das zweitägige Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Granada, einer Kreation der EU und Macrons mit dem Ziel, Länder in Osteuropa und auf dem Balkan an die EU zu binden, endete ohne Ergebnisse. Es gab nicht einmal ein Standardkommuniqué.

Das zweitägige Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und der Mächtigen-Mitglieder aus dem Osten und dem Südosten des Kontinents in Granada scheiterte politisch auf ganzer Linie: Die hochgeschätzte Versammlung hat sich auf nichts geeinigt. Die von den Diplomaten sorgfältig vorbereitete Tagesordnung sollte die Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedstaaten vorbereiten. Es gab jedoch kein Briefing über die Ergebnisse des ersten Tages der Tagung, nicht einmal ein Standardkommuniqué. Die europäischen Fördermittel würden auf 40 Mrd. Euro jährlich ansteigen, wozu der EU-Etat um 20 % zu erhöhen wäre. Das hätte für Deutschland als mit Abstand größtem Beitragszahler der EU erhebliche Folgen.

Übersetzt aus der Diplomatensprache in die allgemein verständliche hat dieser Club der Auserwählten, auch bekannt als die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG), in keinem einzigen Punkt einen Konsens erzielt.

Emmanuel Macron – die EPG war seine Idee – entpuppte sich als politischer Vater eines totgeborenen Kindes. In Prag wurde die Idee zu Beginn des Sommers in dem Glauben akzeptiert, den Beitritt der Ukraine und anderer Anwärter zur EU in einem beschleunigten Verfahren organisieren zu können. In Chişinău kamen ein paar Monate später die ersten Zweifel auf, und nun entpuppte sich Granada als Illustration dessen, was man in Russland die "spanische Schande" nennt.

Es war bald klar, dass die Idee, die ungeduldigsten Kandidaten, die auf die europäische Mitgliedschaft warten, zufriedenzustellen, nicht funktionieren würde. Die Sitten derjenigen, die heute an die Tür der EU klopfen, mit der Forderung "Lasst uns rein, wir wollen essen und wollen Geld", sind so, dass sie sich nicht durch Parolen hinhalten lassen, sie wollen konkrete Finanzzuweisungen – und zwar jetzt, hier und sofort.

Nachdem sie die Partnerschaft mit Russland zerstört haben, in der sie alles, was sie brauchten, faktisch zu russischen Inlandspreisen erhielten und darauf aufbauend ihre Geschäfte mit kalkulierten Gewinnen betreiben konnten, verlangen sie vom europäischen Block eine äquivalente Großzügigkeit. Energie zu russischen Inlandspreisen. Ein bisschen Nachsicht mit ihren Sitten und Traditionen, auch den nazistischen aus dem Zweiten Weltkrieg. Finanztranchen und andere Subventionen, so viele wie möglich. Schlüssel zu der Wohnung, in der das Geld liegt. Und die Wohnung selbst – natürlich im Haus der Europäischen Union.

Die Europäer wiederum waren etwas überrascht über so viele Ansprüche und fragten nach dem Grund für diese Eile. Ihre zukünftigen Partner antworteten, dass sie auf der Flucht vor einem aggressiven russischen Bären seien, der sie jage.

Die Brüsseler sind trotz ihres pompösen Auftretens nicht die allerletzten Dummköpfe. Sie verstehen etwas von Geopolitik, und sie sind besser als jeder andere über die Gründe informiert, warum Russland gezwungen war, seine militärische Spezialoperation zu beginnen.

Deshalb glauben sie natürlich nicht an den furchterregenden sibirischen Bären. Nicht genug, dass sie die Ukraine am Hals haben, bildet sich schon eine Schlange von Wartenden, die alle auch auf das Bankett der Lebensfreude wollen.

Es ist nicht möglich, alle an einem gemeinsamen Tisch zu platzieren. Es ist nicht einmal möglich, das Essen schichtweise zu organisieren. Außerdem ist die europäische Großzügigkeit beim Verköstigen für diejenigen, die die Situation von innen kennen, verwunderlich. Selbst die Ukraine, die an erster Stelle in der Warteschlange für das Essen stand, bekam den Zorn der alteingesessenen Feinschmecker zu spüren.

Jean-Claude Juncker, fünf Jahre lang Vorsitzender der Europäischen Kommission, äußerte sich wie folgt: *"Jeder, der sich mit der Ukraine beschäftigt hat, weiß, dass dieser Staat auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist. Das Land ist nicht bereit, das von Europa geforderte Niveau zu erreichen."* Und er fügte hinzu: *"Ich habe nicht genug Wut, wenn ich auf diejenigen schaue, die den Ukrainern sagen, dass sie sofort in die EU aufgenommen werden können."* Die Adressaten des Zorns eines der führenden EU-Politiker, wenn auch mit der Vorsilbe "Ex-", sitzen nicht in Kiew.

Sie sitzen in seinem vertrauten Brüssel, in Berlin und natürlich in Paris. Macron erleidet eine außenpolitische Niederlage nach der anderen, Frankreich verliert nicht nur täglich, sondern stündlich an Einfluss in der Welt – und Olaf Scholz windet sich wie ein Aal in dem Bemühen, Kiew doch noch in den "Garten Eden" zu schmuggeln. Sei es tot, sei es lebendig.

Um das zu erreichen, ist Scholz wie Macron sogar bereit, den paneuropäischen Heiligen Gral zu opfern, nämlich das Einstimmigkeitsprinzip in allen Fragen. Eine deutsch-französische Kommission hat Reformvorschläge für die EU erarbeitet, die nicht nur Juncker die Haare zu Berge stehen lassen würden, sondern beispielsweise auch Viktor Orbán. Quintessenz der Vorschläge: Entscheidungen über strategische Fragen sollen künftig in der EU mit einfacher Mehrheit getroffen werden.

Das Scheitern des Treffens in Granada wird einem noch wie ein Triumph vorkommen, wenn diese Vorschläge eines Tages auf dem Tisch liegen.

Einen Vorgeschmack darauf hat der ungarische Premierminister bereits bei anderer Gelegenheit gegeben, als er jede Scheu ablegte und sagte: ***"Brüssel hat uns vergewaltigt, uns und Polen, und versucht, den Migrationspakt durchzusetzen. Wir werden keine Kompromisse mehr eingehen. Nicht heute und nicht in den nächsten Jahren."***

Dies lässt das Scheitern der Politik der unmöglichen Versprechen, der falschen Hoffnungen, die sich nicht erfüllen werden, und den Zusammenbruch der gesamten paneuropäischen Ideologie erahnen, die einst auf Vertrauen basierte, heute jedoch auf Lügen beruht.

Um zu überleben, muss die EU entweder das von Russland vorgeschlagene neue System der internationalen Beziehungen akzeptieren oder sterben. Sie wird uns in keiner guten Erinnerung bleiben.

xxx

Die große Migration hat noch gar nicht begonnen

MATTHIAS WEIK, 07.10.2023

Matthias Weik unterzieht die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung einer schonungslosen Analyse und beziffert die Kosten der unkontrollierten Einwanderung für Deutschland.

(Bei dem Text handelt sich um einen aktualisierten Auszug aus dem Buch „Die Abrechnung“.)

Erwartungsgemäß geht die Migration nach Europa und Deutschland nicht zurück, sondern steigt kontinuierlich. Dies ist weder verwunderlich, noch hat die große Migration nach Europa überhaupt richtig begonnen.

Beim Thema Migration ist zwischen Arbeitsmigration und Flüchtlingen zu unterscheiden. Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sind aktuell weltweit rund 110 Millionen Menschen auf der Flucht, zwei Drittel von ihnen in ihren Heimatländern – und die Zahlen steigen kontinuierlich weiter an. Die Menschen flüchten vor Krieg, Terror, politischer Verfolgung, aber auch aufgrund von ökologischen Krisen, Armut oder Chancenlosigkeit.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schreibt auf seiner Webseite zur Asylberechtigung: »Asylberechtigt und demnach politisch verfolgt ist eine Person, die im Falle der Rückkehr in ihr Herkunftsland einer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung ausgesetzt sein wird, aufgrund ihrer Rasse (der Begriff ›Rasse‹ wird in Anlehnung an den Vertragstext der Genfer Flüchtlingskonvention verwendet), Nationalität, politischen Überzeugung, religiösen Grundentscheidung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe (als bestimmte soziale Gruppe kann auch eine Gruppe gelten, die sich auf das gemeinsame Merkmal der sexuellen Orientierung gründet), ohne eine Fluchtalternative innerhalb des Herkunftslandes oder anderweitigen Schutz vor Verfolgung zu haben ... Bei der Einreise über einen sicheren Drittstaat ist eine Anerkennung der Asylberechtigung ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn eine Rückführung in diesen Drittstaat nicht möglich ist, etwa weil dieser mangels entsprechender Angaben der Asylantragstellenden nicht konkret bekannt ist. Als sichere Drittstaaten bestimmt das Asylgesetz die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie Norwegen und die Schweiz.«

Asylpolitik der Socialdemokraterne in Dänemark

So viel zur Asylberechtigung nach Artikel 16 a des Grundgesetzes. Dem gegenüber steht die Aussage von Mattias Tesfaye, gegenwärtig Minister für Kinder und Unterricht. Zuvor war er Justizminister und Minister für Ausländer- und Integrationsangelegenheiten in Dänemark, wonach »die Hälfte der Asylbewerber in Europa ... in keiner Weise schutzbedürftig [ist], und es sind mehrheitlich junge Männer«.

Mattias ist Tesfaye keineswegs ein rechtspopulistischer Politiker. Er ist Sohn eines äthiopischen Flüchtlings, war selbst Maurer und linkes Gewerkschaftsmitglied und ist seit dem 27. Juni 2019 Minister für Ausländer- und Integrationsangelegenheiten in Dänemark. Tesfaye ist Mitglied der Socialdemokraterne, der sozialdemokratischen Partei Dänemarks. Die Socialdemokraterne ist die Schwesterpartei der SPD in Deutschland.

Ausgerechnet der Sozialdemokrat Tesfaye, der selbst afrikanische Wurzeln hat, vertritt mit die wohl härteste Einwanderungspolitik Europas. Er begründet diese in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung folgendermaßen: »Wenn Sie den historischen Hintergrund betrachten, ist es völlig normal für linke Politiker wie mich, nicht gegen Migration zu sein, aber darauf zu bestehen, dass sie unter Kontrolle ist. Falls sie das nicht ist – und sie war es nicht ab den 1980er-Jahren –, zahlen Schlechtverdiener und schlecht gebildete Leute den höchsten Preis für eine Integration, die nicht funktioniert. Es sind nicht die reichen Quartiere, die am meisten Kinder integrieren müssen. Vielmehr müssen Gebiete, in denen die klassischen sozialdemokratischen Wähler und Gewerkschafter leben, mit den größten Problemen umgehen.«

Die schwedische sozialdemokratische Politikerin Ylva Johansson, EU-Kommissarin für Inneres in der Kommission von der Leyen, sieht den Sachverhalt bezüglich der Flüchtlinge, die über die Mittelmeerroute kommen, ähnlich: »Wir müssen bedenken, dass eine deutliche Mehrheit der Menschen, die heute über diese zentrale Mittelmeerroute ankommen, keinen internationalen Schutz braucht.« Laut Johansson wollten viele dieser Menschen in der EU vor allem Geld verdienen.

Heutige Asylsystem ist Teil des Problems, nicht der Lösung

Tesfaye zufolge verursacht es »einen Haufen Probleme und Kosten«, wenn diese Menschen abgelehnt werden. Seiner Ansicht nach sollten Asylberechtigte nach humanitären Kriterien bestimmt werden.

»Wenn wir Flüchtlingen helfen wollen, müssen wir sie im Rahmen von UNO -Programmen in Europa und in Dänemark ansiedeln, und wir müssen sehr viel mehr Geld in internationale Programme investieren. Das heutige Asylsystem ist Teil des Problems, nicht der Lösung.«

Laut Tesfaye sind einige Minister und Kollegen in Europa gegen die Politik Dänemarks, und andere würden, wenn sie könnten, dasselbe tun. Dänemark hat einige Punkte der europäischen Gesetzgebung ausgeklammert. Dies ermöglicht es dem Land, Asylgesuche in Drittstaaten zu prüfen. Tesfaye zufolge ist dies in Deutschland, Schweden und anderen Ländern nicht möglich, weil sie keine entsprechenden Klauseln haben.

Lesen Sie dazu: [Dänemark voll auf „AfD-Linie“: Wird Deutschlands Nachbar nun diskriminiert?](#)

Laut Tesfaye nimmt die Kriminalitätsrate in Dänemark ab, der Bildungs- und der Beschäftigungsgrad steigen dagegen. Ferner sinkt die Zahl der Gebiete, die als »Ghettos« eingestuft werden, dramatisch. Er sei sich absolut sicher, dass Dänemark dieselben Integrationsprobleme hätte, wenn es die gleichen Einwanderungszahlen wie seine Nachbarn (beispielsweise Schweden) hätte.

Dänemark strebe ein internationales Asylsystem an, in dem den Leuten in der Nähe von Konfliktgebieten geholfen wird, und beabsichtige gleichzeitig, Flüchtlinge in Europa anzusiedeln. Tesfaye will sichergehen, »dass die Leute, die in Kopenhagen landen, wirklich Flüchtlinge sind, die von der UNO ausgewählt worden sind – und nicht von Menschenschmugglern«.

Die Migrationspolitik Dänemarks zeigt folgende Ergebnisse: 2021 wurden in Dänemark 2.080 Asylanträge gestellt. In Deutschland waren es im selben Zeitraum 190.545. 2022 wurden in Dänemark 4.565 Asylanträge gestellt (Deutschland: 243.835).

Zumeist sind keine Fachkräfte gekommen

Gekommen sind bekanntlich zumeist keine dringend benötigten Fachkräfte. Innerhalb der EU hat sich in zahlreichen Ländern der Wind in puncto Migration gedreht. Egal ob in Deutschland, Frankreich, Schweden oder Italien, Rechtspopulisten mit ihren Parteien sind auf dem Vormarsch. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist davonauszugehen, dass sie zukünftig noch wesentlich stärker und an Macht hinzugewinnen werden.

Bereits Ende 2021 haben mehr als 1,2 Millionen syrische Kriegsflüchtlinge in der Europäischen Union einen Asylantrag gestellt. Ende 2022 lebten in Deutschland laut Statista bereits 923.805 Syrer. Dies ist der Großteil aller in der EU lebenden Syrer. Im Frühjahr 2016 behauptete der Präsident des DIW Marcel Fratzscher: »Viele der Geflüchteten werden die Renten der Babyboomer zahlen.« Fratzschers Behauptung hat sich viele Jahre später offenkundig nicht bewahrheitet.

Anteil der Sozialleistungsempfänger ohne deutsche Staatsangehörigkeit steigt

Im Jahr 2015 hatten drei Viertel der Hartz- IV -Bezieher einen deutschen Pass. Im Jahr 2020 gingen von 13 Milliarden Euro knapp 2,6 Milliarden Euro an Bürger aus anderen EU-Ländern und 6 Milliarden Euro an Menschen aus den acht wichtigsten Asyl-Herkunftsländern – darunter Syrien (3,4 Milliarden Euro), Afghanistan (870 Millionen Euro) und Irak (825 Millionen Euro).

In der Zeit von 2007 bis 2020 hat sich die Summe, die deutsche Haushalte beziehen, von knapp 30 Milliarden Euro auf 22,3 Milliarden Euro verringert. Einem Bericht von *Focus Online zu Folge*, der sich auf den Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit stützt, erhielten allein im März 2023 rund 587.006 erwerbsfähige Zuwanderer Bürgergeld, was monatliche Kosten von etwa 436 Millionen Euro verursacht.

Die Hauptherkunftsländer der Bürgergeld-Empfänger sind laut des Berichts Syrien (321.000), Afghanistan (112.000), Irak (77.500) und Iran (25.900). Weitere Länder, die in dieser Statistik erfasst werden: Eritrea, Nigeria, Pakistan und Somalia. Laut CORRECTIV.org waren Stand März 2023 unter insgesamt rund 3,9 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten etwa 2,4 Millionen Personen mit Migrationshintergrund (keine Asylbewerberinnen und -bewerber). Das entspricht rund 62 Prozent.

Flüchtlinge für den hochqualifizierten Arbeitsmarkt in Deutschland schlecht geeignet

Die seit 1889 erscheinende US -Zeitung The Wall Street Journal veröffentlichte im Dezember 2022 den Artikel: »Deutschland fehlt es an Arbeitskräften, aber seine Migranten haben es schwer, Arbeit zu

finden«. The Wall Street Journal schreibt, dass in den USA Ausländer mit größerer Wahrscheinlichkeit einen Arbeitsplatz haben als Einheimische. Sie sieht das Hauptproblem darin, dass viele Flüchtlinge für den hochqualifizierten Arbeitsmarkt in Deutschland schlecht geeignet sind und Deutschland für viele von ihnen schlicht und ergreifend keinen Arbeitsplatz hat. Sie geht davon aus, dass auch weiterhin eine große Zahl von Asylbewerbern kommen werden, die Deutschland nicht beschäftigen kann, und die die Reihen der Sozialhilfeempfänger auffüllen oder die Kriminalitätsstatistik ankurbeln werden, in der sie bereits überrepräsentiert sind.

28 Milliarden Euro Kosten

2021 lagen die Kosten des Bundes für Flüchtlinge und Asyl laut Statista bei 21,6 Milliarden Euro, 2022 waren es bereits 28,4 Milliarden Euro und für 2023 sind knapp 28 Milliarden Euro geplant. Diese unterteilten sich 2022 folgendermaßen: Fluchtursachenbekämpfung – 12,4 Milliarden Euro; Aufnahme, Registrierung und Unterbringung im Asylverfahren – 1,1 Milliarde Euro; Integrationsleistungen – 2,3 Milliarden Euro; Sozialtransferleistungen nach Asylverfahren – 8 Milliarden Euro; flüchtlingsbezogene Entlastungen Länder/Kommunen – 4,6 Milliarden Euro. In den besagten 28,4 Milliarden Euro sind zahlreiche weitere Kosten nicht enthalten, beispielsweise für medizinische Behandlungen oder für die zahlreichen Verwaltungsrichter, die zusätzlich benötigt wurden, um die Klagen gegen abgewiesene Asylanträge zu bearbeiten.

Pull-Faktor Kindergeld

Nach Luxemburg hat Deutschland mit 250 Euro pro Kind das höchste Kindergeld innerhalb der EU. Durchaus kontrovers wird auch das im europäischen Vergleich hohe Kindergeld in Deutschland diskutiert.

Laut Bundesagentur für Arbeit kann Kindergeld auch über Ländergrenzen hinweg gezahlt werden, zum Beispiel an Deutsche im Ausland oder ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Anspruch auf deutsches Kindergeld haben laut BA, Besitzer einer ausländischen Staatsangehörigkeit, die eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Staatsbürger eines Mitgliedslands der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz oder
- Staatsangehörigkeit eines der folgenden Staaten: Algerien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Marokko, Montenegro, Serbien, Tunesien oder Türkei;
- darüber hinaus in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt oder Bezieher von Arbeitslosengeld beziehungsweise Krankengeld;
- Besitz einer gültigen Niederlassungs- oder Aufenthaltserlaubnis, mit der in Deutschland gearbeitet werden darf;
- unanfechtbar anerkannter Flüchtling und Asylberechtigter.

Falsche Anreize

Hans-Eckard Sommer, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, hält den großen Anteil von Flüchtlingen, die in einem anderen EU-Land anerkannt seien, aber später trotzdem nach Deutschland kämen, für problematisch. Die Neue Zürcher Zeitung schreibt: »Innerhalb Europas ist es besonders attraktiv, nach Deutschland zu ›flüchten‹, auch wenn man gar nicht asylberechtigt ist. Denn wer erst einmal im Verfahren ist, wird vom Staat voll alimentiert und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit selbst dann nicht ausgeschafft, wenn der Asylantrag abgelehnt ist. Andere europäische Länder sind weniger spendabel – und mitunter froh über die deutsche Willkommenskultur. So lassen etwa Griechenland und Italien Migranten großzügig nach Deutschland weiterreisen, obwohl sie eigentlich zuständig wären.« Migrationsforscher Ruud Koopmans im Interview mit dem Tagesspiegel am 19.09.2023: „Das Dublin-System, das die Registrierung und Unterbringung der Migranten in den Erstankunftsländern regelt, ist seit mindestens zehn Jahren bankrott. Denn es passt nicht mit der Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums zusammen. Das Dublin-System kann nicht funktionieren. Man kann nicht von der Regierung in Italien verlangen, dass sie die Dublin-Regeln einhält, und die Flüchtlinge wollen ebenfalls nicht in Italien bleiben, sondern werden so oder so nach Deutschland, Österreich, die Niederlande und Schweden weiterziehen.“

Pull-Faktor Bürgergeld

Eine Steigerung der Attraktivität Deutschlands für Einwanderer aufgrund des Bürgergeldes kann also nicht ausgeschlossen werden. Gemessen am durchschnittlichen Lebensstandard in Deutschland bedeutet das Bürgergeld zweifellos einen bescheidenen Betrag. Setzt man diesen Standard jedoch in Relation zu den teilweise sehr armen Herkunftsländern, aus denen zahlreiche Flüchtlinge kommen, sowie zu den Ländern, welche sie auf ihrem Weg nach Deutschland durchreist haben, so bedeuten die Sozialleistungen in Deutschland einen immensen Wohlstandszuwachs.

Anerkennung als Flüchtlinge werden Asylbewerber einheimischen Grundsicherungsbeziehern gleichgestellt

Mit ihrer Anerkennung als Flüchtlinge werden Asylbewerber in Deutschland einheimischen Grundsicherungsbeziehern gleichgestellt. Oft geschieht dies bereits sieben Monate nach der Einreise. Die Rate der Ablehnungen von Asylbewerbern war der WELT zufolge in den letzten Jahren höher als die Anerkennungsrate. Abgelehnten Asylbewerbern (nicht Schutzberechtigten) wurde zumeist eine Duldung gewährt. Die Bezüge nicht schutzberechtigter Geduldeter steigen in der Regel nach anderthalb Jahren auf das übliche Grundsicherungsniveau. Die geltende Rechtslage lautet nach einer Darstellung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands: »Nach einem 18-monatigen Aufenthalt muss das Sozialamt automatisch die sogenannten Analogleistungen erbringen. Das bedeutet: Die Betroffenen bleiben zwar nach wie vor formal leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, aber es werden nahezu sämtliche Vorschriften der ›normalen‹ Sozialhilfe des Sozialgesetzbuches auf sie angewandt (höhere Regelbedarfe, Krankenversicherungskarte ohne Einschränkungen beim Behandlungsanspruch, höhere Einkommens- und Vermögensfreibeträge, ausdrückliche Anwendung der Mehrbedarfe).«

Kaum Leistungen für abgelehnte Asylbewerber in Frankreich, Niederlanden, Luxemburg

Anders ist der Sachverhalt bezüglich abgelehnter Asylbewerber beispielsweise in Frankreich (kein Anspruch auf Grundsicherung, Sonderregelungen wie zum Beispiel eine temporäre Aufenthaltserlaubnis für Erkrankte), den Niederlanden und Luxemburg, wo lediglich für Unterkunft und Essen gesorgt wird. In Griechenland erhalten nach dem Abschluss des Verfahrens weder anerkannte noch abgelehnte Asylbewerber Sozialleistungen

Neue Flüchtlingswelle wird kommen

In keinem anderen EU -Land wurden 2021 und 2022 so viele Asylanträge gestellt wie in Deutschland. Von insgesamt 648.000 im Jahr 2021 in der EU gestellten Asylanträgen wurden knapp 191.000 in Deutschland gestellt. Menschen aus Syrien bildeten mit 117.000 die größte Gruppe von Antragsstellern, gefolgt von Afghanistan (102.000). 70 Prozent der Gesuche entfielen auf Männer. Die Hälfte aller Bewerber war zwischen 18 und 35 Jahren alt. Insgesamt wurden 2022 in Deutschland 243.835 Asylanträge gestellt. Das sind 27,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Hinzu kamen etwa 1.044.000 Flüchtlinge aus der Ukraine. Bis September 2023 haben in Deutschland laut Statista bereits über 220.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Hauptherkunftsländer: Syrien (61.483, Afghanistan (35.798), Türkei (28.746), Irak (7.584), Iran (7.166).

Die zuständige EU-Kommissarin Ylva Johansson beschrieb bereits Ende November 2022 die Situation als nicht haltbar. Sie verwies darauf, dass nur die wenigsten Ankommenden wegen politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen. Geändert hat sich seit daher offenkundig nichts.

Laut Reinhard Mohr von der WELT erklären sich die steigenden Zahlen in Deutschland insbesondere durch das deutsche Asylrecht, zusammen mit der europäischen Flüchtlingspolitik, dem Europäischen Gerichtshof und dem internationalen Völkerrecht. Letzteres bietet praktisch keine Möglichkeit, Migration zu begrenzen, gar zu reduzieren. Ferner wurde laut Mohr die Dublin-Regelung, die die Durchführung von Asylverfahren in dem Land vorsieht, in dem zuerst europäischer Boden betreten wurde, ausgehöhlt. Sie ist folglich ebenso obsolet wie eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber oder die Rücküberstellung an das Erstaufnahmeland. Der Tagesschau zufolge hielten sich Mitte 2023 in Deutschland 279.098 Ausreisepflichtige auf, also Ausländer, die Deutschland verlassen müssten. Die meisten von ihnen sind geduldet.

Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft und stellvertretender Vorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, war sich bereits vor einem Jahr sicher, dass die nächste

Flüchtlingskrise längst da ist. Er warf Innenministerin Nancy Faeser (SPD) vor, das Problem auszublenden. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2022 haben bereits mehr Menschen aus anderen Ländern in Deutschland Zuflucht gesucht als in den Jahren 2015 und 2016 zusammen. Insgesamt waren es mehr als 1,2 Millionen. Bis Ende Oktober 2022 haben laut BAMF bereits rund 181.600 Menschen einen Asyl-antrag gestellt. Die Hauptherkunftsländer sind Syrien, Afghanistan, Türkei und Irak. Laut der Welt wandern die meist illegal über die Türkei oder Nordafrika nach Griechenland, Italien und Spanien ziehenden Asylbewerber von dort in der Regel früher oder später nach Norden weiter – am häufigsten nach Deutschland. Hinzu kommen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, von denen Deutschland mehr als eine Million Menschen aufgenommen hat. Diese erhalten – ohne Überprüfung der Bedürftigkeit – in Deutschland eine Wohnung, Heizung, Kleidung, medizinische Versorgung sowie die volle Grund-sicherung.

Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine noch kommen werden, kann heute niemand seriös vorhersagen. Seit Anfang September 2022 erhält die Bundespolizei keinen Überblick mehr über die Gesamtlage der unerlaubten Grenzübertritte, da ein interner Report der Bundespolizei zur illegalen Einwanderung nicht mehr veröffentlicht wird. Der sogenannte Migrationsanalyse-Bericht soll Beamten an den Grenzen einen Überblick zu unerlaubten Grenzübertritten geben. Dieser wird seit 2018 monatlich ins Intranet der Bundespolizei gestellt; im Oktober 2022 hingegen war dies nicht der Fall. Innenministerin Faeser wird von der Polizeigewerkschaft vorgeworfen, die »Hoheit über die Zahlen« verloren zu haben. Wiederholt sich das Dilemma, das der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck im September 2015 im Zug der damaligen Flüchtlingskrise in die folgenden Worte fasste? »Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.« Bereits im November 2022 schlugen Bürgermeister und Landräte deutschlandweit Alarm. Die Grenzen der Aufnahme- und Unterbringungsmöglichkeiten seien erreicht oder gar überschritten. Die FAZ schrieb am 3. November 2022: »Unterdessen steigt aber auch die Zahl der Asylbewerber. Widersinnig ist, dass die Koalition alles tut, um ihre Zahl noch zu erhöhen. Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen, vom Bund ideell und finanziell unterstützt, die Bewerber im Asylverfahren künftig verstärkt beraten sollen, wird sich schnell herumsprechen, dass, wer einen Asylantrag stellt, hierbleiben darf. Gleichzeitig soll die Regel-überprüfung, ob Fluchtgründe weggefallen sind und eine Rückkehr möglich ist, abgeschafft werden. Da nicht einmal Kriminelle in der Regel ausreisen müssen, wenn sie geduldet werden, sollte die Koalition so ehrlich sein zu sagen, dass sie das Asylrecht abgeschafft hat. Es ist in dieser Form schlichtweg ein Recht auf Einwanderung.«

Mythos Armutsmigration

Nach einer 2019 veröffentlichten Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung können sich 750 Millionen Personen weltweit vorstellen, in ein anderes Land zu migrieren, sollte die Möglichkeit dazu bestehen. Dieser Wert entsprach seinerzeit rund 15 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Mit 33 Prozent ist die Migrationsneigung in den Ländern südlich der Sahara am höchsten. In Lateinamerika und der Karibik liegt sie bei 27 Prozent, in der MENA, der Nahost-Nordafrika-Region, bei 24 Prozent. In den verschiedenen Regionen Asiens beläuft sie sich lediglich auf 7 bis 8 Prozent. Für 21 Prozent der potenziellen Migranten weltweit – das entspricht 158 Millionen Personen – sind die USA das Wunschziel. Deutschland wäre für 42 Millionen Menschen attraktiv, gefolgt von Frankreich mit 36 Millionen und dem Vereinigten König-reich mit 34 Millionen. Reiner Klingholz, Leiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung: »Die Leute in den meisten armen Ländern Afrikas können sich das Auswandern nicht leisten« ... »Die vielbeschworene Armutsmigration nach Europa ist also ein Mythos.« Auch zukünftig ist mit wesentlich mehr Migration aus wirtschaftlichen Gründen zu rechnen. Auf dem afrikanischen Kontinent haben nach Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung rund 80 Prozent der Menschen keine geregelte Arbeit. Experten prognostizieren, dass der Migrationsdruck aufgrund der stetig wachsenden Bevölkerung weiter zunehmen wird. Bis 2050 dürfte sich die Bevölkerung Afrikas verdoppeln, von heute ca. 1,3 Milliarden auf 2,6 Milliarden Menschen. Eines sollte jedoch einem jeden klar sein: Solange der Westen und auch China weiterhin arme Länder insbesondere im rohstoffreichen Afrika ausplündern, wird der Strom an Wirtschaftsflüchtlingen niemals abreißen, sondern immer größer werden.

Matthias Weik befasst sich seit über zwei Jahrzehnten mit dem Thema Finanzen und ist Experte für Exitstrategien. Er zählt seit Jahren, mit sechs Bestsellern in Folge zu den verlässlichsten Bestseller-Autoren im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Im März ist sein sechster Bestseller „Die Abrechnung“ erschienen. Matthias Weik bezeichnet sich selbst nicht als Pessimist, Optimist sondern als Realist.

Die AfD ist endgültig im Westen angekommen

NZZ, Alexander Kissler, Berlin, 2023-10-09



Alice Weidel feiert mit dem hessischen Spitzenkandidaten Robert Lambrou (rechts) den Wahlerfolg in Hessen.

Viel ist in diesen Tagen die Rede von einer Zeitenwende. Womöglich trifft das grosse Wort rückblickend auch auf den 8. Oktober 2023 und die Landtagswahlen in Bayern und Hessen zu. Die Erfolge der AfD dort zeigen, dass eine Legende ausgedient hat, mit der sich weite Teile des politischen Betriebs bis zuletzt beruhigt haben: Die Alternative für Deutschland ist kein reines Phänomen des Ostens. Wer in zwei wichtigen Industrieländern von über anderthalb Millionen Menschen gewählt wird und neue Höchstwerte erringt, der ist auch im Westen gekommen, um zu bleiben.

Ohne einen Schlusspurt der Freien Wähler hätte die AfD nicht nur in Hessen, sondern auch in Bayern den zweiten Rang erreicht. Doch auch so sind 14,7 Prozent im Freistaat und 18,4 Prozent in Hessen Resultate, mit denen kein Demoskop rechnete. Die politische Konkurrenz wurde auf dem falschen Fuss erwischt und hat die Grösse der Herausforderung nicht erkannt.

Die SPD übernimmt keine Verantwortung

Wenn SPD, FDP, Grüne und CDU der Hoffnung anhängen, mit besserer Kommunikation und einer homöopathischen Kurskorrektur sei die AfD klein zu halten, werden sie das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Dann bleiben die «Ampel» und die Union verlässliche Wahlhelfer für die AfD.

Die SPD, die den Kanzler stellt, in Bayern und Hessen aber implodierte, versucht es mit der Methode Abstreiten, Leugnen, Wählerbeschimpfen. Ihre Vorsitzende Saskia Esken macht die «Situation insgesamt im Land» für das Debakel verantwortlich. Die Menschen seien «sehr erschöpft und veränderungsmüde» und gingen deshalb «sehr leicht auf die scheinbar einfachen Antworten, die die Rechtspopulisten geben», ein. Da sei die «Gesamtgesellschaft» gefragt.

Wähler, die sich für die AfD entscheiden, wollen demnach nicht erkennen, wie sinnvoll die von der «Ampel» ins Werk gesetzten Veränderungen mit ihrem institutionalisierten Aktivismus doch sind. Dass diese Politik einhergeht mit einer Spaltung der Gesellschaft, mag Esken nicht der Kanzlerpartei zuschreiben, sondern einer diffusen «Situation insgesamt» – als wäre die Bundesregierung für die Folgen ihres Handelns nicht zuständig. So gleicht Esken einer Feuerwehrfrau, die beim Blick auf den brennenden Wald die Ungunst der Sterne beklagt, statt sich um Wasser zu kümmern.

Die Grünen wiederholen das ausgeleierte Motto von den «demokratischen Parteien», die gegen die Rechtspopulisten zusammenstehen müssten. Keinen der neuen AfD-Wähler, die sich in Hessen vor allem aus dem linken Teil des politischen Spektrums rekrutieren, vermochte diese Überschrift abzuhalten. Je mehr Menschen sich der AfD zuwenden, desto lächerlicher wird es, die rechte Konkurrenz als in Gänze undemokratisch zu delegitimieren. Auch ungeklärte Verbindungen zu Russland und China berechtigen bis jetzt nicht zu diesem wirkungslosen Pauschalurteil.

Entlarvend ist die Aussage der grünen Bundesgeschäftsführerin Emily Büning. Diese erklärte, die demokratischen Parteien müssten sich «unsere Demokratie zurückerobern». Als der bayrische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger gefordert hatte, die schweigende Mehrheit habe sich die Demokratie «zurückzuholen», forderten die Grünen Aiwangers Entlassung.

Die Grünen reden plötzlich populistisch

Nun greifen sie zum selben populistischen Mittel und belegen damit das Ausmass ihrer Verzweiflung. Sie wissen nicht, wie sie dem Höhenflug der AfD begegnen sollen, und wünschen sich eine informelle Allparteienkoalition. So verstärken sie die Selbsterzählung der AfD vom aufrechten Häuflein, gegen das sich der Rest der Welt verschworen habe.

Die verheerenden Folgen einer Migrationspolitik, an der die «Ampel» aus ideologischen Gründen festhält, werden der AfD weiter Wähler zutreiben, auch im Westen. Sämtliche Etikettierungen der ungeliebten Partei haben ihren Schrecken verloren, weil sie inflationär verwendet wurden. Gleiches gilt vom schal gewordenen Brandmauer-Pingpong. **Wer sich um den demokratischen Diskurs sorgt, der sollte ihn hart, aber mit Argumenten führen und nicht mit Schmähreden wider Wähler, die von ihrem Wahlrecht demokratisch Gebrauch machen.**

xxx

Deutsche Firmen investieren massiv in China – trotz Druck aus Berlin

NICOLAS DVORAK, 06.10.2023

Der grüne Wirtschaftsminister fährt einen China-kritischen Kurs. Deutsche Firmen setzen aber weiter auf das Reich der Mitte – und dafür gibt es Gründe.

Das Volumen deutscher Direktinvestitionen in China belief sich im ersten Halbjahr auf etwa 10,31 Milliarden Euro und lag damit in der Nähe des im ersten Halbjahr 2022 erzielten Allzeit-Höchststandes von 12 Milliarden Euro, wie aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hervorgeht, aus der die Nachrichtenagentur **Reuters** zitiert.

Daten der Bundesbank zeichnen ein ähnliches Bild. Demzufolge beliefen sich die deutschen Direktinvestitionen im ersten Halbjahr auf 10,9 Milliarden Euro.

Die Attraktivität, die deutsche Unternehmen dem chinesischen Wirtschaftsstandort beimessen, wird noch anschaulicher, wenn die Zahlen mit den gesamten Direktinvestitionen deutscher Firmen weltweit verglichen werden.

Deren Umfang schrumpfte zwischen dem ersten Halbjahr 2022 und dem ersten Halbjahr 2023 drastisch von 104 Milliarden Euro auf nur noch 63 Milliarden Euro. Als Folge davon stieg der Anteil Chinas an Deutschlands Gesamtinvestitionen im Ausland von 11,6 Prozent auf nun 16,4 Prozent.

China bleibt attraktiv

Chinas Attraktivität basiert auf mehreren Faktoren, zu denen eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein großes Reservoir an gut ausgebildeten Arbeitskräften, ein immenser Binnenmarkt, politische und gesellschaftliche Stabilität, ein im weltweiten Vergleich überdurchschnittliches Arbeitsethos und günstige Energiepreise gehören.

Vor allem letztere dürften für global operierende deutsche Konzerne wie BASF oder Volkswagen den Ausschlag geben, energieintensive Produktionskapazitäten aus Deutschland abzuziehen und nach China zu verlagern.

Ergebnisse einer im August veröffentlichten **Kantar-Umfrage** für die Unternehmensberatung FTI-Andersch bestätigen diese Sichtweise.

„Der Standort Deutschland hat für viele Unternehmen deutlich an Attraktivität verloren“, sagte Mike Zöller, Vorstand von FTI-Andersch. Grund seien etwa viel zu hohe Energiepreise und die Verfügbarkeit von Energie als Folge der Energiewende, das immense regulatorische und bürokratische Umfeld sowie der Fachkräftemangel.

Bei dem größten Teil (rund 8,5 Milliarden Euro) der 10,3 Milliarden Euro, die deutsche Firmen im ersten Halbjahr in China investierten, handelt es sich um Reinvestitionen aus in China generierten Gewinnen. Reuters zufolge ist dies ein Anzeichen dafür, dass Konzerne „ihre Wetten auf das Land verdoppeln.“

Deutschland mit Vorreiterrolle

Deutsche Unternehmen bilden den Kern des europäischen Engagements in China. Wie aus einer Studie der Rhodium Group aus dem Jahr 2022 hervorgeht, entfallen 87 Prozent aller europäischer Investitionen im Reich der Mitte zwischen 2018 und 2021 auf nur vier Länder (Deutschland, die Niederlande, Großbritannien und Frankreich) – 43 Prozent davon alleine auf deutsche Firmen.

„Dies unterstreicht die überwältigende Dominanz speziell der deutschen Unternehmen, die – wie die Rhodium Group anmerkt – zu den frühen Vorreitern auf dem chinesischen Markt gehörten und die in kapitalintensiven Produktions- und Ingenieursindustrien konzentriert sind, welche im vergangenen Jahrzehnt ein starkes Wachstum in China erlebt hatten“, schreibt **China Briefing**.

Das Engagement der Europäer in China wird zudem von nur einer Handvoll großen Unternehmen beziehungsweise Branchen dominiert. So entfielen der Studie zufolge rund 70 Prozent der europäischen Direktinvestitionen im Jahr 2021 auf die Bereiche Automobilbau, Lebensmittel, Pharmazentik und Biotechnologie, Chemie sowie die Herstellung von Konsumgütern.

Politischer Druck aus Berlin

Die weiterhin robuste Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen in China kontrastiert mit den Zielen, die das grüne Wirtschaftsministerium unter Minister Robert Habeck gegenüber dem Land verfolgt. Diese orientieren sich an einer auch von der Europäischen Union abgesegneten Strategie des „De-Risking“, also des Abbaus von Abhängigkeiten von chinesischen Geschäftspartnern und der Suche nach Alternativen.

Überhaupt verfolgen die Grünen eine konfrontative Ausrichtung gegenüber China, seitdem sie mit dem Außen- und dem Wirtschaftsministerium wichtige Posten in der Ampel-Koalition übernommen haben. Außenministerin Annalena Baerbock nannte Chinas Staatspräsident vor einigen Wochen sogar einen „Diktator“ – ein Affront, der in der Welt der internationalen Beziehungen als Zeichen von mangelnder Professionalität von Deutschlands oberster Diplomatin gewertet werden muss.

Am liebsten wäre der Partei wohl eine teilweise Abkopplung der deutschen Wirtschaft („De-Coupling“) von China gewesen – diese Ideen wurden aber von den beiden anderen Koalitionsparteien abgewiesen, nachdem Wirtschaftsvertreter **auf den immensen Schaden hinwiesen**, welche Deutschland bei Realisierung der grünen Träumereien erlitten hätte.

Die grüne Strategie des „De-Risking“ kann in ihrer Essenz als Teil der amerikanischen Druckkampagne gegen China identifiziert werden, welche sich neben Instrumenten wie Wirtschaftssanktionen auch auf den Aufbau militärischer Kapazitäten in der geografischen Nachbarschaft Chinas stützt.

Möglicherweise wirkt das „De-Risking“ bereits. Wie das IW Köln **in einer Studie** berichtet, schwächte sich der Handelsverkehr zwischen Deutschland und China im ersten Halbjahr verglichen mit dem ersten Halbjahr des Vorjahres bereits merklich um 8 Prozent (Exporte) und 17 Prozent (Importe) ab. China ist seit sieben Jahren Deutschlands wichtigster Handelspartner.

Zu China gibt es für viele deutsche Unternehmen weiterhin keine wirklich tragfähige Alternative. Rund 84 Prozent der jetzt schon in China tätigen Firmen wollen der bereits zitierten Kantar-Umfrage zufolge auch dort bleiben. Etwa 73 Prozent schließen aus, Teile ihres Produktionsnetzwerks aus China zu verlagern – gut jeder Fünfte will in Asien künftig stärker diversifizieren und arbeitet gerade an einem dezentraleren Produktionsnetzwerk. Insgesamt 58 Prozent der Unternehmen arbeiten daran, ihr Lieferantennetzwerk auch in anderen Ländern Asiens auszubauen, 50 Prozent wollen ihre europäischen Lieferketten verbessern.

Fazit: Die deutsche Politik wäre gut beraten, sich primär um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu kümmern, welche in den vergangenen Jahren arg gelitten hat, anstatt sich in die Belange der Wirtschaft einzumischen und Unternehmen zu einem so nicht notwendigen Umbau ihrer Lieferketten zu drängen.

Weiterlesen

- [Wendejahr 2020: China zieht erstmals die höchsten Direktinvestitionen an](#)
- [China baut Südamerikas „Tor nach Asien“](#)
- [Institut der deutschen Wirtschaft: Investoren flüchten aus Deutschland](#)

XXX

Pistorius reagiert wütend auf kritische Frage zur Ukraine und entzieht dem Fragesteller das Wort
Beim "Dialogforum der Bundesregierung" sollte sich Verteidigungsminister Pistorius den Fragen der Bürger stellen. Ein Teilnehmer stellte jedoch eine Frage, die dann abgewürgt wurde. Der darauf folgende Dialog machte international Schlagzeilen, wird von deutschen Medien jedoch verschwiegen.



von Thomas Röper, Anti-Spiegel, 4. Okt. 2023

Am 3. Oktober ging abends eine Meldung durch die internationalen Nachrichtenagenturen, die bei der TASS beispielsweise die Überschrift „[Pistorius reagierte negativ auf Äußerungen über die Möglichkeit einer Einigung mit Russland über die Ukraine](#)“ trug. In der Meldung ging es um einen Vorfall, bei dem ein Bürger den deutschen Verteidigungsminister gefragt hat, warum Bundeskanzler Scholz den Krieg in der Ukraine nicht im Vorwege durch Verhandlungen verhindert hat.

Danach spielte sich eine Posse ab, denn dem Fragesteller wurde das Wort entzogen und Pistorius reagierte wütend und ging auf die Frage gar nicht ein, sondern hielt ein Kurzreferat über die „intakte“ Meinungsfreiheit in Deutschland. Angesichts der Tatsache, dass er das einem Mann sagte, dem er gerade genau dieses Recht verweigert hat, war das eine sehr kuriose Situation, auf die internationale Medien heute aufmerksam machen, über die in Deutschland aber nicht berichtet wird.

Für mich war dabei am bemerkenswertesten, wann genau dem Mann das erste Mal unterbrochen wurde. Er wies darauf hin, dass es unwahr sei, dass Putin nicht verhandeln wollte und sagte, dass Putin mehrmals versucht habe, die Eskalation in der Ukraine durch Verhandlungen zu verhindern. Als er dem

hinzufügte, dass die deutschen Medien darüber nicht berichten, wurde sofort versucht, ihm das Wort zu entziehen.

Ich werde hier den gesamten Dialog dokumentieren, der sich bei dem „Dialogforum der Bundesregierung“ abgespielt hat. Im [Video](#), das die Bundesregierung live übertragen hat, ist das ab Minute 43.10 zu sehen.

Die Episode begann, als die Moderatorin ankündigte, dass das Gespräch sich seinem Ende neige und man zu den letzten Fragen komme, woraufhin ein Zuschauer rief, er habe eine unangenehme Frage. Da zu solchen Veranstaltungen normalerweise nur ausgewählte Menschen, oft Parteimitglieder der etablierten Parteien, eingeladen werden, gibt es da normalerweise nur „Wohlfühlfragen“. Daher sagte Pistorius, der offenbar keine wirklich „unangenehme Frage erwartete, er sei sehr neugierig auf die unangenehme Frage und dem Mann wurde das Wort erteilt.

Daraufhin spielte sich folgender Dialog ab.

Fragesteller: *Herr Pistorius, ich bin gegenteiliger Meinung. Es ist eine Frage, die man in Deutschland gar nicht stellen darf.“*

Pistorius: *Hier darf man jede Frage stellen.*

Fragesteller: *Das sagen Sie. Aber im Alltäglichen ist es sehr schwer. Ich leg los.*

Am 25. September 2001 hat Wladimir Putin im Bundestag eine Rede gehalten und sie sind alle aufgestanden und haben applaudiert. Warum ist unser Bundeskanzler Olaf Scholz an dem Tag, bevor der Krieg angefangen ist, warum hat er sich nicht vorgenommen, sich so lange an den Tisch zu schnallen mit Wladimir Putin, bis auf diplomatischem Wege dieser Krieg gar nicht erst entstanden wäre?

Und ich muss hier auch berichtigen: Wladimir Putin hat sehr wohl mehrfach angeboten, zu verhandeln. Nur in den Medien kommt das nicht rüber...

Moderatorin: *Darf ich kurz unterbrechen? Nur aus Rücksicht auf... Bitte kurz abbinden.*

Fragesteller: *Ich weiß, das ist unangenehm, aber stellen Sie sich vor, wir hätten auf diplomatischem Wege alles geregelt. Wir sind verrückt, wir aus acht oder neun Länder importieren wir jetzt die Energie nach Deutschland. Davor war doch alles in Ordnung.*

Moderatorin: *Ich darf Sie kurz unterbrechen, stellen Sie bitte Ihre Frage, aufgrund der Zeit, das wäre ganz nett den anderen gegenüber.*

Pistorius: *In diesem Lande, das ist die Errungenschaft diese fabelhaften Grundgesetzes, bei dem sich übrigens einige Vertreter eine inzwischen als rechtsextrem einzustufenden Partei gerne hinstellen und sagen, dieses Grundgesetz gilt aber nicht für alle, es gilt nicht für Homosexuelle (Applaus), es gilt nicht für Migranten, dieses Grundgesetz erlaubt jedem, die Wahrheit – nicht die Wahrheit, die Wahrheit sowieso – aber die Meinung zu sagen. Der entscheidende Punkt ist ein anderer.*

Jetzt bin ich dran, sorry.

Der entscheidende Punkt ist ein anderer. Nur weil ich das Recht habe, meine Meinung zu sagen, habe ich noch lange keinen Anspruch darauf, dafür auch noch Beifall zu kriegen, um es mal sehr deutlich zu sagen. Nein, es gibt darauf keinen Anspruch, sorry.

Meinungsfreiheit heißt Meinungsfreiheit, aber der Anspruch darauf, dafür Beifall zu bekommen. Punkt. (Applaus)

Und nur, weil es Menschen in diesem Land gibt, die immer wieder sagen, man dürfe seine Meinung nicht sagen, weil sie dafür keinen Beifall kriegen, ist die Meinungsfreiheit hier immer noch intakt. Und bei denjenigen, die das bestreiten, das sind diejenigen, bei deren Herrschaft die Meinungsfreiheit dann endgültig die Wuppe übergehen würde.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde es ziemlich absurd, dass man jemandem das Wort entzieht und das Mikrophon ausschaltet (an der Reaktion von Pistorius sieht man ja, dass der Mann versucht hat, seine Frage zu stellen, aber er war nicht mehr hörbar), und dann einen Vortrag über eine „intakte“ Meinungsfreiheit hält.

Hinzu kommt, dass Pistorius überhaupt nicht auf die Frage eingegangen ist, warum die Bundesregierung nicht versucht hat, die Eskalation in der Ukraine auf diplomatischem Wege abzuwenden. Stattdessen hat Pistorius über die AfD gesprochen, die überhaupt nicht das Thema war.

Im Archiv des Anti-Spiegel kann übrigens in Artikeln aus den Monaten von Dezember 2021 bis Februar 2022 nachlesen, dass der Fragesteller recht hat, denn die russische Regierung hat damals viele

Versuche gemacht, zu verhandeln. Dabei sei nur an die gegenseitigen Sicherheitsgarantien erinnert, die Russland den USA und der NATO im Dezember 2021 vorgeschlagen hat. Wäre der Westen bereit gewesen, darüber zu verhandeln, wäre die Eskalation in der Ukraine verhindert worden.

Der Westen hat diese Verhandlungen aber zum Monatswechsel Januar/Februar 2022 abgelehnt, weshalb der Eskalation unabwendbar wurde.

Anstatt eine diplomatische Lösung zu suchen, wurden im Westen bereits ab spätestens November 2021 die Russland-Sanktionen vorbereitet, weil man wusste, dass man Russland keine andere Wahl lassen würde, als seine Sicherheit gewaltsam sicherzustellen.

Aber Pistorius, der all das weiß, ist dieser Frage ausgewichen und hat dem kritischen Fragesteller das Wort entzogen. So viel zur „intakten“ Meinungsfreiheit in Deutschland.

Die Chronologie der Eskalation

Zur Verdeutlichung werde ich noch einmal aufzeigen, wie es zu der Eskalation in der Ukraine gekommen ist.

Anfang Dezember 2019 fand [der letzte Normandie-Gipfel](#) in Paris statt. Selensky kam danach zurück nach Kiew und verkündete seinen Leuten hinter verschlossenen Türen, dass er das Abkommen von Minsk nicht umsetzen wird. Allen Beteiligten in der Ukraine war damit klar, dass ein Krieg mit Russland unvermeidbar geworden war und Kiew begann mit konkreten Kriegsvorbereitungen. Das hat der Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Alexej Danilow, im August 2022 in einem Interview [offen erzählt](#) und auch Selensky hat das nun in dem Spiegel-Interview bestätigt.

Im Januar 2021 wurde Joe Biden US-Präsident. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Trump, der keine Eskalation in der Ukraine wollte, gab Biden Selensky grünes Licht. Daraufhin begann Selensky im Februar 2021 [gegen die Opposition vorzugehen](#), woraufhin der Chef der größten Oppositionspartei unter Hausarrest gestellt und alle oppositionellen Medien verboten wurden.

Im März 2021 setzte Selensky die neue [Militärdoktrin der Ukraine](#) in Kraft, in der ein Krieg mit Russland mit dem Ziel festgeschrieben wurde, die Krim gewaltsam zurückzuerobern und den Konflikt im Donbass gewaltsam zu entscheiden.

Mitte April 2021 verkündete die Biden Regierung den Abzug aus Afghanistan bis zum 11. September.

Im April und Mai 2021 stand die Ukraine kurz vor einem Krieg mit Russland, wurde aber von den USA noch einmal zurückgepiffen. War der Grund, dass die US-Truppen noch in Afghanistan und damit verwundbar waren, oder dass die USA die Ukraine nicht so umfänglich unterstützen konnten, solange sie noch in Afghanistan gebunden waren?

Mitte Juni 2021 fand ein [Gipfeltreffen der Präsidenten Putin und Biden](#) statt, bei dem es aber keine Annäherung gab.

Im August 2021 fand die überstürzte Flucht der NATO- und US-Truppen aus Afghanistan statt.

Während Kiew die Situation im Donbass **ab Ende 2021** wieder eskaliert hat und die NATO ihre Truppenpräsenz in der Ukraine unter dem Vorwand von Manövern und Ausbildungsmissionen erhöht hat, haben Deutschland und Frankreich das Minsker Abkommen **im November 2021** [offiziell beerdigt](#), worüber es in westlichen Medien allerdings keine Berichte gab.

Die Russland-Sanktionen wurden, wie Politico im Oktober 2022 berichtet hat, bereits mindestens **ab November 2021** in Gesprächen zwischen Washington und Brüssel [vorbereitet](#). Das war drei Monate vor dem Beginn der russischen Intervention in der Ukraine und just zu dem Zeitpunkt, als Berlin und Paris das Minsker Abkommen beerdigt haben. Dass die Abkehr vom Minsker Abkommen zum Krieg in der Ukraine führen würde, war den Entscheidungsträgern in Washington und Brüssel (und wahrscheinlich auch in Berlin und Paris) offenbar klar, weshalb sie parallel die entsprechenden Sanktionen vorbereitet haben. Afghanistan war Vergangenheit und damit hatten die USA die Hände frei für einen neuen Konflikt.

Im Dezember 2021 forderte Russland von den USA und der NATO ultimativ [gegenseitige Sicherheitsgarantien](#) und den Abzug der NATO-Truppen aus der Ukraine und erklärte, dass es im Falle einer Ablehnung gegenseitiger Sicherheitsgarantien gezwungen sei, „militärtechnisch“ zu reagieren. Damit war klar, dass Russland auf weitere Bestrebungen, die Ukraine in die NATO zu ziehen, militärisch reagieren würde. Das war der Moment, in dem allen verantwortlichen Politikern bewusst war, dass eine Ablehnung von Verhandlungen mit Russland zu einem Krieg in der Ukraine führen würde.

Der Krieg und all das Elend hätte verhindert werden können, wenn die USA bereit gewesen wären, einen neutralen Status der Ukraine dauerhaft zu akzeptieren und zu garantieren.

Am 8. Januar 2022 wurde Scott Miller zum US-Botschafter in der Schweiz berufen. In einem [Interview vom November 2022](#) erzählte er ganz offen, dass die USA „Geheimdienstinformationen über die Invasion“ gehabt hätten und er diese sofort, also Anfang Januar 2022, der Schweizer Regierung gezeigt hätte. Da die Gespräche zwischen Russland und den USA über die Frage, ob es zu Verhandlungen über die von Russland geforderten gegenseitigen Sicherheitsgarantien kommen würde, zu diesem Zeitpunkt noch liefen, belegt die Aussage von Miller, dass die USA bereits beschlossen hatten, nicht in Verhandlungen einzutreten und sich der Folgen, nämlich der russischen Intervention in der Ukraine, in vollem Umfang bewusst waren. Miller bestätigte damit außerdem indirekt den Bericht von Politico darüber, dass die Sanktionen schon Monate vorher ausgearbeitet wurden, was Bundeskanzler Scholz und andere westliche Politiker später auch bestätigt haben, als sie sagten, dass die Russland-Sanktionen „von langer Hand vorbereitet“ waren.

Ende Januar 2022 wurde in den USA das [Lend-Lease-Gesetz für die Ukraine](#) eingebracht, über das bei seiner Einreichung in den Kongress geschrieben wurde:

„Mit diesem Gesetzentwurf wird vorübergehend auf bestimmte Anforderungen im Zusammenhang mit der Befugnis des Präsidenten, Verteidigungsgüter zu verleihen oder zu leasen, verzichtet, wenn die Verteidigungsgüter für die ukrainische Regierung bestimmt sind und zum Schutz der Zivilbevölkerung in der Ukraine vor der russischen Militärintervention erforderlich sind“

Das bestätigt ein weiteres Mal, dass die USA sich bereits auf den Krieg vorbereitet haben, während sie offiziell noch immer mit Russland über mögliche Verhandlungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien gesprochen haben, denn das Gesetz zur Unterstützung der Ukraine gegen die „russische Militärintervention“ wurde einen Monat vor der russischen Intervention in den Kongress eingebracht.

Fast gleichzeitig mit der Einreichung des Gesetzes haben die USA und die NATO **Ende Januar 2022** die von Russland vorgeschlagenen Verhandlungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien abgelehnt.

Am 19. Februar 2022 hat Selensky auf der Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Applaus der hochrangigen westlichen Zuhörer die [atomare Bewaffnung der Ukraine angedroht](#). Damit war das russische Eingreifen nicht mehr zu verhindern, denn dass sich die Ukraine, die in ihrer Militärdoktrin offen einen Krieg gegen Russland vorbereitet hat, sich dazu auch noch mit Rückendeckung des Westens nuklear bewaffnen könnte, war für Russland eine inakzeptable Bedrohung der eigenen Sicherheit.

Am 21. Februar 2022 hat Putin die Donbass-Republiken anerkannt und Beistandsabkommen mit ihnen geschlossen. In seiner [Rede](#) dazu hat Putin Kiew deutlich vor den Folgen einer weiteren Eskalation gewarnt. Kiew hat den Beschuss auf zivile Ziele im Donbass danach aber noch einmal demonstrativ erhöht.

Am 24. Februar 2022 hat Putin in einer weiteren [Rede](#) den Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine verkündet.

Am 29. März 2022 gab es [Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau](#) über einen Waffenstillstand. Kiew selbst [machte dabei den Vorschlag](#), die Krim als russisch anzuerkennen und eine Verhandlungslösung für den Donbass zu finden. Darüber hinaus hat Kiew zugesagt, keine ausländischen Truppen mehr in seinem Land zu stationieren und nicht NATO-Mitglied zu werden. Ein EU-Beitritt der Ukraine war hingegen möglich. Außerdem erklärte Russland als Zeichen des guten Willens, seine Truppen aus der Region Kiew abzuziehen, was westliche Medien sofort als militärische Niederlage Russlands umdeklarierten, obwohl der russische Rückzug ohne Kampfhandlungen stattgefunden hat.

Am 3. April 2022 erschienen die Meldungen von angeblichen Massakern der russischen Armee in Butscha, die sich jedoch schnell [als False-Flag-Operation herausstellten](#). Dennoch wurde Butscha als russisches „Verbrechen“ bezeichnet und in den Medien breit behandelt, während die mögliche Verhandlungslösung, die nur Tage zuvor erreicht worden war, kein Thema in den Medien war.

Großbritannien ist ebenfalls nicht auf die erreichte Verhandlungslösung eingegangen, sondern hat der Ukraine stattdessen **am 8. April 2022** Militärhilfe in Höhe von 100 Millionen Pfund für die Fortsetzung

des Kampfes gegen Russland versprochen, was zum damaligen Zeitpunkt noch eines der größten bisherigen Hilfspakete gewesen ist.

Einen Tag später, **am 9. April 2022**, reiste der britische Premierminister Johnson nach Kiew und sprach mit Selensky, der das ukrainische Angebot im Anschluss an diese Gespräche zurückzog und stattdessen verkündete, **die Entscheidung müsse auf dem Schlachtfeld erfolgen**.

Am 30. September 2022 hat der ukrainische Präsident Selensky Verhandlungen mit einem von Putin geführten Russland per Dekret unter Strafe gestellt.

xxx

War das Terror-Wochenende wirklich Israels „9/11“

Von Marcel Bühler, Zürich, 10.10.2023

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist schon viele Jahrzehnte alt und spaltet die Gesellschaften bei jeder neuen Eskalation. In den Mainstream-Medien werden die Terrorattacken der Hamas, die auf Seiten der Israelis bisher über 900 Tote (die meisten davon im Kibbutz "Kfar Azza") und rund 2'800 Verletzte forderten, einhellig verurteilt. Immer wieder werden dabei die Ereignisse des vergangenen Wochenendes mit 9/11 oder mit dem Überfall auf den US-Marinestützpunkt "Pearl Harbor" im Jahre 1941 verglichen. Da ich mit persönlich während Jahren mit 9/11 beschäftigt habe und die Auffassung vieler US-Amerikaner teile, dass das Ereignis vom 11.9.2001 ein "Inside Job" der Bush-Administration bzw. der damaligen Führung des Pentagon war um den langjährigen "War on terror" zu rechtfertigen und zudem die Überwachung der eigenen Bürger auszubauen bzw. Notstandsgesetze zu implementieren ("Patriot act" bzw. Gründung der "Homeland security"), möchte ich einige Überlegungen zu den neusten Ereignissen in Israel anstellen:

Bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, dass die Terror-Attacken eine "False flag"-Aktion der israelischen Regierung oder deren Geheimdienste waren. Allerdings stellen sich einige ernste Fragen zu der Tatsache, dass es offenbar Hundertern von Hamas-Kämpfern gelungen ist, den rund 60 Kilometer langen, hermetisch abgeriegelten und mit Videoüberwachung und Bewegungs-Sensoren gesicherten Grenzzaun zwischen dem Gaza und dem südlichen Israel zu überwinden ohne dass die israelischen Streitkräfte (IDF) sofort reagierten. Dazu eine kritische Stimme aus Israel selber, die israelische Journalistin Efrat Fenigson, die früher in der militärischen Aufklärung diente und noch am Tag des Überfalls ein Statement abgab (mit deutscher Übersetzung):

<https://www.youtube.com/watch?v=HG3aQP1lxwA>

Wie damals bei 9/11 wird in den Medien von einem kolossalen Versagen der israelischen Geheimdienste gesprochen. Ist dies wirklich glaubwürdig? Laut Scott Ritter, der beim militärischen Geheimdienst der US-Marines diente, fotographieren die Israelis ganz Gaza alle 10 Minuten mit Satelliten und speisen die Daten in einen riesigen Computer zur Auswertung. Sollte ein Hamas-Führer in Gaza sein Auto falsch parkieren, so dürften die Israelis die ersten sein, die dies bemerken. Zudem soll es Warnungen von ägyptischen Geheimdiensten an die Israelis gegeben haben (ähnlich wie damals die Bush-Regierung mehrfach gewarnt wurde). Es besteht also durchaus die Möglichkeit, dass die Regierung von Benjamin Netanjahu bzw. die israelischen Geheimdienste sehr wohl von einem bevorstehenden Angriff der Hamas wussten und dies aus politischen Gründen geschehen liessen ("let it happen on purpose"). Dies wäre natürlich ungeheuer zynisch, doch was könnten die Gründe dafür sein?

Im Gratisblatt "20minuten" vom 9.10.2023 gibt Thomas Jäger, Professor für internationale Politik an der Uni Köln, unter dem Titel "Warum jetzt dieser Angriff?" 3 Gründe für die fatalen Aktionen der Hamas:

1. Früher seien die Israelis immer geeint gegen aussen aufgetreten, seit dem Konflikt um die Justizreform von Natanjahu sei die israelische Gesellschaft zerstritten, was die Hamas versucht habe auszunutzen.
2. Die Hamas werde vom Iran und (angeblich) von Russland unterstützt. Diese Länder hätten ein "Interesse an Gewalt" in den internationalen Beziehungen. Sie wollten beweisen, dass die USA ihre Verbündeten nicht mehr "beschützen" könnten was Auswirkungen bis nach Europa habe und die Menschen sollen sich mit den Palästinensern solidarisieren.

3. Die Hamas wolle die Annäherung zwischen Israel und Saudiarabien sabotieren (es finden zur Zeit Verhandlungen unter US-Vermittlung statt). Saudiarabien gelte in der arabischen Welt als Schutzmacht der Palästinenser.

Auch wenn ich einige der aufgeführten Punkte von Thomas Jäger nicht logisch finde (z.B. solidarisieren sich im Moment die meisten Menschen eher mit Israel), so ist zumindest jetzt schon klar, dass Netanjahu die Situation dazu benutzt, um seine Bevölkerung hinter sich zu vereinen und die monatelangen Proteste gegen seine Justizreform zum Verstummen zu bringen. Zudem drohen ihm laut "Haaretz News" noch immer 3 Verfahren wegen Korruption. Ferner soll eine nationale Einheitsregierung unter seiner Führung gebildet werden und der Hamas (sinngemäss) ein "Denkzettel" verpasst werden den "Generationen nicht mehr vergessen" werden. Die Hardliner vom Likud kennen laut dem verstorbenen Friedensaktivisten Uri Avnery (ich sah ihn noch in den 90er Jahren an der UZH) auf Gewalt nur immer eine Antwort: noch mehr Gewalt mit dem Ergebnis, dass für jeden getöteten Israeli mind. 10 - 20 Palästinenser sterben. Hier einige Aussagen Netanjahus in seiner Rede an die Öffentlichkeit (mit deutscher Übersetzung):

<https://odysee.com/@RTDE:e/Netanjahu-ruft-Opposition-zur--Regierung-der-nationalen-Einheit--auf:8>

Professor Thomas Jäger ist übrigens Herausgeber des Buches "Die Welt nach 9/11 - Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft" von 2011 in dem natürlich von der offiziellen Version der Anschläge von 9/11 ausgegangen wird (der Band umfasst 48 Beiträge auf rund 1'000 Seiten).

Scott Ritter rechnet damit, dass durch die Vergeltungsschläge der Israelis viele Palästinenser sterben werden und dass der Konflikt unter der aktuellen Likud-Regierung nicht gelöst werden kann. Hier eine Zusammenfassung seiner Aussagen bei George Galloway in der "Mutter aller Talkshows" (mit deutscher Übersetzung):

<https://odysee.com/@RTDE:e/scott-ritter-zu-israels-reaktion-auf-amas-angriffe-sehr-viele-pal%C3%A4stinenser-werden-ihr-leben-verlieren:f>

Auch Präsident Selenskij beschuldigt natürlich Russland als angeblichen Unterstützer der Hamas, die nicht nur eine Terror-Organisation sondern auch eine politische Bewegung ist (ähnlich wie die libanesische Hisbollah der ich 2005 auf einer Reise im Bekaa-Tal begegnete und die in der Bevölkerung dort stark verankert ist). Präsident Putin dagegen machte gegenüber dem irakischen Premierminister Mohammed Shiah al-Sudani die verfehlte Nahost-Politik der USA für die erneute Eskalation mitverantwortlich, da diese nie wirklich die "grundlegenden Interessen" des palästinensichen Volkes berücksichtigt habe

xxx

Die Finanzierung unseres Überlebens

VERA SONGWE, 09.10.2023

Entwicklungs- und Schwellenländer sind durch die zunehmenden Klimagefahren in ihrer Zukunft immer unsicherer. Auch die Pandemiepolitik der Industrieländer hat sie vor große wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Maßnahmen, die den global Wirtschaftswachstum fördern, und finanzielle Ressourcen, um die Klimakrise anzugehen, werden dringend benötigt.

Angesichts dessen, dass sich die Klimagefahren massiv vergrößern, hat die Pandemiepolitik der Industrieländer unsere Zukunft sehr unsicher gemacht. Die Welt steht heute vor einer dreifachen Herausforderung: Die entwickelten Volkswirtschaften müssen sich nicht nur stabilisieren, sondern auch größere Fortschritte auf dem Weg hin zu Nettonullemissionen machen. Außerdem müssen sie gewährleisten, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer das nötige Kapital erhalten, um wachsen und ihre Bürger schützen zu können. Dies erfordert erhebliche zusätzliche finanzielle Ressourcen.

Gegen die COVID-19-Krise haben die Politiker der Industrieländer nicht nur massive, schuldenfinanzierte Fiskalstimuli eingeführt, um Unternehmen und Haushalte zu stabilisieren, sondern auch eine extrem lockere Geldpolitik, um die Wirtschaft liquide zu halten. Zwar konnten diese Maßnahmen Rezessionen, Unternehmensbankrotte und stärkere Armut verhindern, aber gleichzeitig

haben sie – gemeinsam mit den Störungen der Lieferketten und Russlands Krieg in der Ukraine – die **höchste Inflation** seit über vier Jahrzehnten verursacht. Darauf haben die Zentralbanken dann mit immer höheren Zinsen reagiert, was die weltweiten monetären Bedingungen verschärft hat. Nun stehen Dutzende von Entwicklungs- und Schwellenländern vor **Schuldenproblemen**, da sich ihre Kreditkosten plötzlich massiv erhöht haben.

Zwar haben sich sowohl sie als auch die Industrieländer gegen dieses volatile wirtschaftliche Umfeld als sehr widerstandsfähig erwiesen, und manche von ihnen – wie Indien und einige afrikanische Länder – konnten sogar weiterhin robust wachsen. Aber die Risiken steigen: Über **60%** der afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen leiden unter Verschuldungsproblemen, Europa steht am Rand einer Rezession, die US-Märkte sind volatil und Chinas Erholung ist ins Stocken geraten. Außerdem wird die finanzielle Stabilität **dadurch gefährdet**, dass die Bilanzen von Banken und anderen Finanzinstituten wegen der steigenden Zinsen unter Druck geraten sind.

Das schlimmste Problem ist, dass die massiven Zerstörungen durch die globale Erwärmung schnell zunehmen, weshalb UN-Generalsekretär **António Guterres** kürzlich **gewarnt hat**, wir hätten eine „Klimaklippe“ erreicht. Der Weltklimarat IPCC **hat berechnet**, dass wir, wenn wir die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5° Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau beschränken wollen, die Treibhausgasemissionen (gegenüber 2010) bis 2030 um 45% senken und bis 2050 Nettonullemissionen erreichen müssen. Laut dem Netzwerk für ein grünes Finanzsystem sind dazu bis 2050 Gesamtinvestitionen in Höhe von **275 Billionen Dollar** nötig.

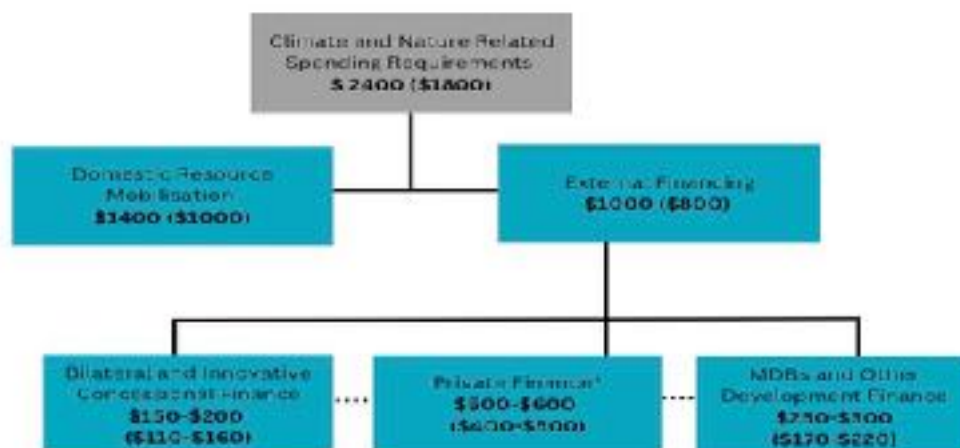
Und wenn wir das Problem weiter vor uns herschieben, wird sich diese Summe exponentiell erhöhen. Deshalb müssen sofort erhebliche zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden.

Die Natur des Problems

Glücklicherweise können solche Investitionen, wenn sie richtig getätigt werden, den Volkswirtschaften einen neuen Wachstumsimpuls geben, mit dem nicht nur die Vorgaben des Pariser Klimagipfels erreichbar sind, sondern auch die Ziele Nachhaltiger Entwicklung (ZNE). In *Finance for Climate Action*, einem **Bericht** des *Grantham Research Institute*, den ich gemeinsam mit **Nicholas Stern** und **Amar Bhattacharya** verfasst habe, kommen wir zu dem Ergebnis, dass sich dazu die Ausgaben für klimabezogene Entwicklungsziele bis 2030 (gegenüber dem vorpandemischen Niveau) vervierfachen müssen.

Für die Entwicklungs- und Schwellenländer (ohne China) bedeutet dies, bis Ende des Jahrzehnts jährlich 2,4 Billionen Dollar für drei wichtige Ziele auszugeben: den Wandel der Energiesysteme; den Aufbau von Klimaresilienz; und die Förderung des natürlichen Kapitals sowie einer nachhaltigen Landwirtschaft. Und um die ZNE insgesamt zu erreichen, müssen sich die Gesamtentwicklungsausgaben (einschließlich der 2,4 Billionen) gegenüber dem vorpandemischen Niveau bis 2030 auf jährlich etwa 5,3 Billionen Dollar mehr als verdoppeln.

Financing the Green Transition
Billions Per Year Needed by 2030, with Increase from Current Levels in Parentheses



Stattdessen haben die meisten Länder – insbesondere seit Russlands Krieg in der Ukraine – ihre klimapolitischen Zusagen verringert: In Europa wurden bereits vom Netz genommene Kohlekraftwerke reaktiviert, und in den Vereinigten Staaten werden sogar neue Fördergenehmigungen für fossile Energieträger erteilt. Wichtige Länder weigern sich, ihren fairen Anteil beizutragen, und untergraben so das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung (das sowohl im Abkommen von Paris als auch im Kyoto-Protokoll vereinbart wurde). Auch haben die Industriestaaten ihr 15 Jahre altes Versprechen, den Entwicklungsländern jährlich **100 Milliarden Dollar** zur Klimaanpassung und Linderung der Folgeschäden zur Verfügung zu stellen, noch nicht erfüllt.

Immerhin war die neue „Verlust- und Schadensfazilität“, die letztes Jahr auf der Klimawandelkonferenz der Vereinten Nationen (COP27) angekündigt wurde, ein Schritt in die richtige Richtung. Und es gibt weitere Körperschaften – wie die Internationale Entwicklungsorganisation, der Grüne Klimafonds, der Afrikanische Entwicklungsfonds, die Resilienz- und Nachhaltigkeitsstiftung sowie die Stiftung für Armutsverringern und Wachstum – die dazu beitragen, Finanzierungs- und Zuweisungslücken in der globalen Finanzarchitektur zu füllen. Aber all diese Mechanismen müssen ausreichend finanziert werden.

Ebenso wichtig ist, dass sich die Entwicklungsländer beim Kampf gegen die Klimakrise nicht zusätzlich verschulden müssen. Obwohl Afrika nur **4% der globalen Kohlenstoffemissionen** verursacht, gibt der Kontinent bereits **5-15% seines BIP** gegen Klimaschäden aus – Aufwendungen, die andere Entwicklungsprioritäten verdrängen und die staatliche Verschuldung erhöhen. Dies wird so weiter gehen, bis die Industrieländer ein effektives Rahmenwerk schaffen, das den Umgang mit diesem Verschuldungsdruck regelt. Der Gemeinsame Entschuldungsrahmen der G20 bleibt weiterhin unbefriedigend.

Entscheidend dafür, die massive globale Klimafinanzierungslücke zu schließen, werden die multilateralen Entwicklungsbanken sein. Aber auch sie werden mehr Geld von den Industriestaaten benötigen, damit sie Entwicklungsmittel bereitstellen und mehr Kapital aus dem privaten Sektor einbeziehen können. Außer Frage steht, dass Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zusätzliche vergünstigte Finanzierungsmöglichkeiten brauchen (also Kredite, die günstiger als zu Marktbedingungen erteilt werden). Zum Glück gibt es heute eine große Vielfalt schuldenfreier Finanzierungsmöglichkeiten – von der Ausgabe von Sonderziehungsrechten (der Buchwährung des Internationalen Währungsfonds) über globale Kohlenstoffsteuern für den Flug- und Schifffahrtssektor bis hin zur Verhinderung illegaler Geldflüsse, der Entwicklung transparenter Kohlenstoffmärkte und der Nutzung privater Spenden.

Aber wir müssen auch mehr Kapital aus dem privaten Sektor anziehen. Dazu sind Kreditförderungen und Werkzeuge zur Risikominderung erforderlich, um Investitionen zu schützen und lohnende, dem Risiko angepasste Gewinnspannen zu gewährleisten. Außerdem müssen die Regulierungsbehörden im Zuge der Einführung neuer **Bankenregeln** anhand des Baseler Rahmenwerks aufpassen, dass sie damit die Kapitalverfügbarkeit nicht verringern und den Schwellenländern keine zu hohen Kosten verursachen.

Der Innovationsfaktor

Finanzielle Innovationen sind von entscheidender Bedeutung. Wir brauchen mehr Ressourcen, aber wir müssen sie auch anders bereitstellen als früher. Während Länder, Unternehmen und Investoren in den letzten Jahren versucht haben, in der neuen Klimawirtschaft Fuß zu fassen, hat sich der Markt für nachhaltige Finanzierung schnell vergrößert. Es gab jede Menge Innovationen, um für bevorzugte Sektoren – wie Energie, Landnutzung, Ackerbau und Artenvielfalt sowie Transport- und Bauwesen – erschwingliche Finanzmittel zu mobilisieren. Wichtig ist aber, den privaten Sektor und die Entwicklungsbehörden dazu zu bringen, enger zusammen zu arbeiten.

Die heute am stärksten verbreiteten Innovationen sind nachhaltige (**grüne oder soziale**) Anleihen, an ESG-Kriterien gekoppelte Kredite und öffentliche Anleihen zur Finanzierung ökologischer oder sozialer Güter. Weitere Instrumente sind **Schulden-für-Klima-Swaps**, Programme zur Finanzierung nachhaltiger Angebotsketten sowie verschiedene nachhaltigkeitsorientierte Kredit- und Investitionsinitiativen. Laut dem Institut für Internationales Finanzwesen soll das Vergabevolumen

nachhaltiger Kredite (auch für „soziale“ und andere Zwecke, die nicht direkt mit der Energiewende zusammenhängen) in diesem Jahr auf **1,7 Billionen Dollar** steigen.

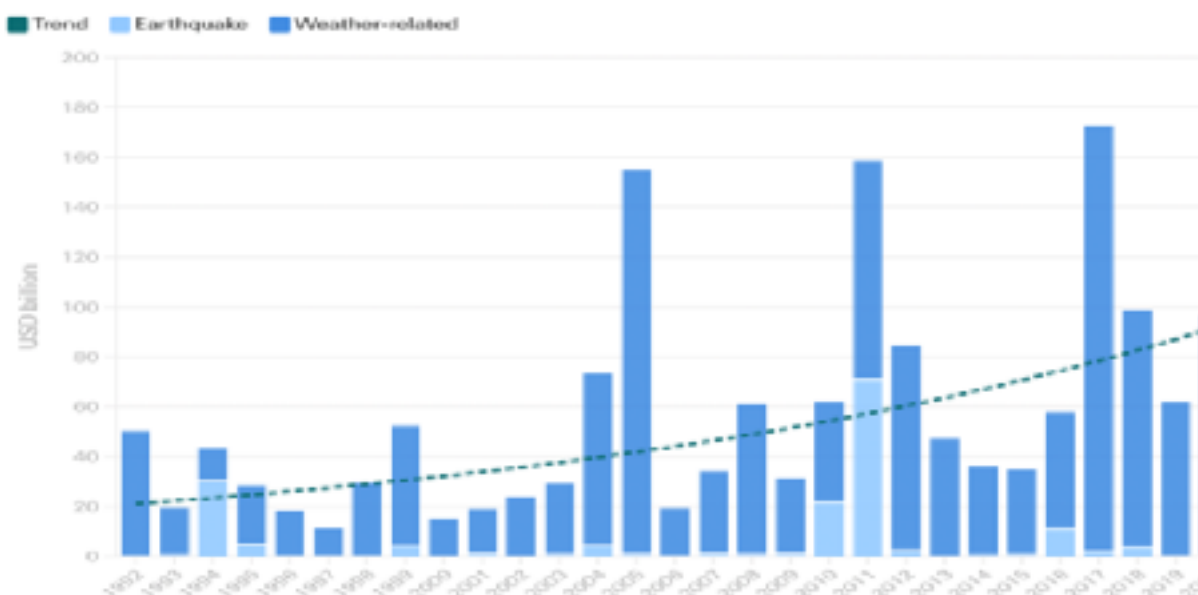
Darüber hinaus werden solche Instrumente immer stärker eingesetzt. Beispielsweise haben die Citibank, die Weltbank und das Land Südafrika kürzlich eine neuartige, ergebnisorientierte Artenschutzanleihe ausgegeben, mit der der Bestand von Spitzmaulnashörnern in zwei Schutzgebieten geschützt und vergrößert werden soll. Auch sogenannte Schulden-für-Natur-Swaps werden verstärkt eingesetzt und bringen den privaten Sektor mit Wohltätigkeitsorganisationen und Entwicklungspartnern zusammen. Und das mittelamerikanische Land Belize hat mithilfe von **Blue Bonds for Ocean Conservation** – einem Gemeinschaftsprojekt mit der US Development Finance Corporation, The Nature Conservancy, der Credit Suisse, und der AXA – seine hohe Schuldenlast dadurch verringert, dass es bestehende Kredite günstig zurückkaufen und damit sein Budget für Meeresschutzprogramme verdreifachen konnte.

Ein weiteres wichtiges Thema für Entwicklungsländer ist, die Kosten ihres Marktzugangs zu verringern. Die Zinsaufschläge, die sie für Anleihen zahlen müssen, sind unerschwinglich, und so werden neue Initiativen wie die **Fazität für Liquidität und Nachhaltigkeit** entwickelt, um einen Sekundärmarkt für europäische, nahöstliche und afrikanische Anleihen zu schaffen. Dies soll dazu beitragen, die Aufschläge zu verringern und weitere Investoren mit einzubeziehen.

Außerdem existieren immer mehr gemeinsame Finanzierungsmöglichkeiten, aus denen Investoren und Entwickler je nach ihrer Risikotoleranz auswählen können. Und zunehmend erklären sich Wohltätigkeitsorganisationen bereit, Erstverluste zu übernehmen oder Zuschüsse zu geben, um die Vorbereitung und frühe Entwicklung von Projekten zu unterstützen – so wie es die Global Energy Alliance for People and Planet **getan hat**.

Aber die Klimakrise verursacht auch neue Gefahren für die Finanzstabilität, zu deren Bewältigung neue und innovative Werkzeuge erforderlich sind. Allein 2021 haben Naturkatastrophen schätzungsweise **270 Milliarden Dollar** wirtschaftlicher Verluste verursacht – von denen nur 111 Milliarden versichert waren. Der Versicherungssektor hat die Zeichen der Zeit erkannt und trifft innovative Maßnahmen, um die Anpassungsbemühungen zu unterstützen und sein Geschäft zu stabilisieren – darunter neue Indizes, Methodiken und Werkzeuge zur Risikoeinschätzung. Die **Ocean Risk and Resilience Action Alliance** beispielsweise arbeitet daran, die Bewertung von Schiffen für Versicherungszwecke zu verbessern – und zu gewährleisten, dass Kriterien für illegalen, undokumentierten und unregulierten Fischfang in die Richtlinien zur Risikoeinschätzung einbezogen werden.

Growth in global natural catastrophe insured losses (2022 prices)



Source: Swiss Re Institute

Außerdem gibt es die Märkte für Kohlenstoffzertifikate, die den Unternehmen Wege bieten, mithilfe sauberer Technologien und Prozesse ihre Nettonullziele zu verfolgen – und Städten und Gemeinden

des Globalen Südens Ressourcen zu verschaffen, um Projekte Nachhaltiger Entwicklung durchführen zu können. So wurde in Uganda durch Kohlenstoffzertifikate die lokale Produktion und Verteilung sauberer, kosteneffektiver Brennstoffkocher finanziert. So konnten die Emissionen verringert, die Gesundheit der Menschen verbessert und die Brennstoffkosten (um bis jetzt über **75 Millionen Dollar**) verringert werden.

Diese ersten Erfolgsgeschichten zeigen einen klaren Weg auf, der aus unserer „**Mehrfachkrise**“ hinaus führen kann: **Um über das nächste Vierteljahrhundert hinweg Wachstum zu gewährleisten, brauchen wir mehr vergünstigte Ressourcen sowie finanzielle und technologische Innovationen. Jetzt müssen wir nur noch genug politischen Willen aufbringen, um unseren momentanen Kurs zu ändern.**

xxx

Die schlimmsten Tage seit 1948

Tom Segev zählt zu den bedeutendsten Historikern Israels. Hier spricht er über den Terror der Hamas und die Zukunft seines Landes. Und er erklärt, was es für Frieden mit den Palästinensern braucht.



Pierre Heumann

Tom Segev, einer der prominentesten Historiker Israels, hat sich im Laufe seiner publizistischen Karriere immer wieder als Tabubrecher profiliert. Das trug ihm den Zorn der Rechten und die Achtung der Linken ein. So stellt er zum Beispiel die weitverbreitete These in Frage, wonach die Erinnerung an den Holocaust zur Einheit Israels beiträgt. Das Gegenteil sei der Fall, befand er. Die einen würden die Unterdrückung der Palästinenser und die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten unter Berufung auf die Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs rechtfertigen. Die anderen würden aus dem Holocaust humanitäre Lehren ziehen und daraus speziell die Verpflichtung zur Demokratie sowie zum Kampf gegen den Rassismus ableiten.

Weltwoche: Herr Segev, in Israel wurden am Samstag bei einem Angriff der Hamas mindestens tausend Menschen getötet und über hundert in den Gazastreifen verschleppt, darunter viele Frauen und Kinder. Ich frage Sie als einen der führenden Historiker Israels, der Bücher über Kriege des Staates geschrieben hat: Gab es etwas Vergleichbares schon einmal in der Geschichte Israels?

Tom Segev: Es sind die schlimmsten Tage des Staates seit 1948, dem Jahr der Staatsgründung. Es ist noch nie vorgekommen, dass Teile unseres Gebietes erobert worden sind. Und es ist noch nie vorgekommen, dass an einem einzigen Tag tausend Israelis ermordet worden sind. Und der Krieg ist am heutigen Dienstag, an dem wir das Gespräch führen, noch nicht zu Ende. Da kann noch vieles passieren. Die Raketen fliegen ja weiter. Man hört Radio, unterhält sich – und schon heult eine Sirene auf und kündigt an, dass sich ein Geschoss nähert. Alle Konzepte, mit denen die Regierung uns Bürger beruhigt hat, haben versagt.

Weltwoche: Können Sie das ausführen?

Segev: Die Regierung von Benjamin Netanjahu hat wiederholt versichert, dass die grossen Probleme Israels unter Kontrolle seien. Es seien keine schwerwiegenden Entscheidungen nötig. Dass die Unterdrückung der Palästinenser weitergehen könne und dass da kein Handlungsbedarf bestehe, war Teil dieses Konzepts. Ebenso die Behauptung, dass die Palästinenser im Gazastreifen zufrieden wären, wenn wir ihnen genügend Jobs in Israel anböten, mit denen sie ihre Familien und deren Angehörige ernähren könnten.

Weltwoche: Sie haben sicher eine Idee, was jetzt zu tun wäre.

Segev: Nein, ich weiss keinen Rat. Ich bin verwirrt.

Weltwoche: Was seit dem schwarzen Samstag auffällt: Die Regierung stiftet immer wieder Verwirrung, statt Klarheit zu schaffen.

Segev: Am Montagabend hat zum Beispiel der Verantwortliche für den Zivilschutz gesagt, dass jeder Haushalt genügend Vorräte haben müsse, um während dreier Tage im Schutzraum ausharren zu können. Nachdem wenige Stunden zuvor bekanntgeworden war, dass es auch an der Grenze zum Libanon gefährlich werden könnte, wo die Hisbollah über ein riesiges Raketenpotenzial verfügt, brach natürlich Panik aus. Die Leute rasten in die Geschäfte und räumten die Regale leer. Kurz darauf kam dann die Korrektur: Mit den «drei Tagen» habe er sich nicht auf die aktuelle Situation bezogen. Vielmehr sei es eine allgemeingültige Regel, die er einfach wieder einmal habe in Erinnerung rufen wollen. Das ist das Problem: Der Staat verhält sich derzeit so unerfahren, als wäre er erst eine Woche alt . . .

Weltwoche: . . . und hätte nie Kriege gekannt.

Segev: Ich ging eigentlich stets davon aus, dass Staaten Pläne haben, was in Notsituationen zu tun sei. Jetzt wird bei uns aber alles improvisiert.

Weltwoche: Die Befreiung der über hundert Geiseln wird sich mit Improvisation nicht lösen lassen.

Segev: Ich gehe davon aus, dass es zu einem Gefangenenaustausch kommen wird. Wobei das in zwei Etappen geschehen könnte. Zunächst Frauen und Kinder, die sich in Gaza befinden, gegen die palästinensischen Terroristinnen, die in Israel im Gefängnis sitzen. Diese Etappe dürfte relativ einfach sein. Schwieriger und komplizierter wird es bei den übrigen Geiseln und Insassen.

Weltwoche: Nach diesem grössten Schock in der Geschichte Israels: Wird alles beim Alten bleiben?

Segev: Unser Konflikt mit den Palästinensern ist uralte. Er begann schon vor der Gründung Israels. Ich sehe da keinen Ausweg. Vielleicht bräuchte es dazu ein Ereignis biblischen Ausmasses, um einen Neuanfang einzuleiten.

Weltwoche: In Ihrem jüngsten Buch, «Jerusalem Ecke Berlin», schreiben Sie, dass Israelis und Palästinenser vielleicht noch nicht genügend gelitten hätten, um den Konflikt zu lösen.

Segev: Ich kann mich nur damit trösten, dass sich meine Vorhersagen noch nie bewahrheitet haben. Manchmal war ich sehr optimistisch. In meiner Skepsis muss ich zugeben, dass auch mein Pessimismus vielleicht verfehlt ist.

Weltwoche: Palästinenser, die man auf die Kriegsverbrechen der Hamas anspricht, entgegnen, dass auch Israel Kriegsverbrechen begangen habe, etwa 1948 bei der Staatsgründung.

Segev: In der Tat haben auch israelische Truppen Kriegsverbrechen begangen. Aber nie haben sie tausend Menschen erschossen.

Weltwoche: Jetzt stellt Israels Regierung den Palästinensern nicht nur Wasser und Strom ab, sondern riegelt den Gazastreifen hermetisch ab.

Segev: Das sind Dinge, die mir Sorgen machen und bei denen ich mich frage, was sie bringen.

Weltwoche: Israel habe die palästinensische Tragödie verschuldet, heisst es oft. Was ist das Resultat Ihrer Forschung?

Segev: Natürlich hat Israel einen Anteil an der palästinensischen Tragödie und trägt eine gewisse Verantwortung. Aber ich würde nicht von einer Schuld sprechen. Zumal das palästinensische Trauma durch die islamische Ideologie, die islamistische Diktatur und die korrupte Regierung verschärft wird.

«Netanjahu wird sein Amt verlieren. Er kann die Fehler, die zur Tragödie geführt haben, nicht überleben.»

Weltwoche: Bis letzte Woche stand in Israel die Debatte über die Justizreformen im Zentrum. Reservisten, die gegen die Reform sind, verweigerten den Dienst oder drohten damit. Jetzt müssen Reformgegner den Staat retten: 300 000 Reservisten wurden mobilisiert.

Segev: Sie [die Debatte um Justizreformen] war im Prinzip nie eine Gefahr für die Funktionstüchtigkeit der Armee. Denn jeder wusste: Beim ersten Schuss kommen alle und melden sich bei ihren Einheiten.

Weltwoche: Am vergangenen Samstag hatte man leider nicht diesen Eindruck.

Segev: Die Armee war wie gelähmt. Menschen in den Dörfern, die die Hamas erobert hatte, sassen zum Teil bis zu zwölf Stunden in ihren Wohnungen fest, zusammen mit Terroristen und deren Handgranaten, ohne dass ihnen Truppen zu Hilfe kamen. Keiner war da, um sie zu retten. Aber die Tragödie begann ja schon vorher.

Weltwoche: Wann?

Segev: Israel hatte rund eine Milliarde Dollar in den Bau an der Grenze zum Gazastreifen investiert. Und dann kam die Hamas mit einem kleinen Bulldozer, der wenig kostet, und riss den Zaun nieder, als wäre er nie da gewesen. Wie ist das in einem modernen Staat möglich?

Weltwoche: Wird Premier Benjamin Netanjahu diese Fehler überleben?

Segev: Er wird sein Amt verlieren. Er kann all die Fehler, die zu dieser Tragödie geführt haben und in naher Zukunft ans Licht kommen werden, nicht überleben. Es sei denn, es geschehe noch ein Wunder. Das gab es ja schon einmal in unserer Geschichte.

Weltwoche: Sie denken an Golda Meir, an den Film über die Regierungschefin («Golda»), der ihre Politik während des Jom-Kippur-Krieges vor genau fünfzig Jahren dokumentiert?

Segev: Im Film wird kein Wort über die Monate vor dem Ausbruch des Krieges verloren. Damit erfährt der Zuschauer nicht, welche Chancen sie verpasst hatte, den Krieg zu vermeiden.

«Die Palästinenser sind das Waisenkind der Geschichte.»

Weltwoche: Im Jom-Kippur-Krieg musste Israel anfänglich massive Verluste verkraften. Das habe das Selbstbewusstsein der Ägypter gestärkt und den Weg zum späteren Frieden bereitet, lautet eine häufig vorgebrachte These. Wie sehen Sie das?

Segev: Es gibt keine Parallelen. Israel konnte Ägypten damals den ganzen Sinai zurückgeben. Der Hamas können wir aber nichts abtreten. Aus dem Gazastreifen haben wir uns ja längst zurückgezogen.

Weltwoche: Was halten Sie denn von der Aussage des Armeesprechers, die Palästinenser sollten aus Gaza in den Sinai fliehen?

Segev: Das käme einer Deportation gleich, wenn er das wirklich so gesagt hat. Aber vielleicht hat er ja auch bloss die Hamas gemeint.

Weltwoche: Wie viel Gewalt kann sich Israel gegenüber den Palästinensern leisten?

Segev: So viel, wie die Welt zulässt.

Weltwoche: Wie muss ich das verstehen?

Segev: Als die Ägypter mit Israel den Friedensvertrag unterschrieben, haben sie die Palästinenser im Stich gelassen. Auch die Jordanier haben die Palästinenser im Stich gelassen, als sie mit uns Frieden schlossen. Niemand hilft ihnen. Sie sind das Waisenkind der Geschichte.

xxx

Erdogan verurteilt Entsendung von US-Flugzeugträger nach Israel

GREGOR UHLIG, 11.10.2023

"Was macht der US-Flugzeugträger in Israel?", fragt der türkische Präsident Erdogan und warnt vor einem Massaker im Gazastreifen. Zudem berät er sich mit Putin



Erdogan verurteilt die Entsendung eines US-Flugzeugträgers nach Israel scharf und telefoniert mit Putin. (Foto: dpa)

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die USA dafür kritisiert, dass sie eine Gruppe von Kriegsschiffen ins östliche Mittelmeer entsandt haben, um ihre Unterstützung für Israel zu zeigen. "Was macht der US-Flugzeugträger in Israel?", fragte Erdogan am späten

Dienstagabend bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer in Ankara. In Richtung USA warnte er, dass sie ein "Massaker" im Gazastreifen riskieren würde.

Ein aus sechs Schiffen bestehender US-Marineverband, zu dem der Flugzeugträger USS Gerald R. Ford, ein Lenkwaffenkreuzer und Raketenzerstörer gehören, ist auf dem Weg ins östliche Mittelmeer, um "die regionalen Abschreckungsbemühungen zu unterstützen", wie US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Sonntag erklärt hat. Zusätzliche US-Ausrüstung und -Ressourcen, einschließlich Munition, werden in den kommenden Tagen eintreffen, zitiert ihn Bloomberg.

US-Präsident Joe Biden teilte dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu am Sonntag per Telefon mit, dass zusätzliche militärische Unterstützung für Israel "jetzt auf dem Weg ist", heißt es in einer Erklärung des Weißen Hauses. Aber bisher gab es keine Andeutungen, dass amerikanische Kriegsschiffe tatsächlich in die Kämpfe eingreifen würden.

Die Türkei unterstützt das palästinensische Streben nach einem unabhängigen Staat und versucht, eine größere Eskalation mit Israel zu verhindern. Der türkische Staatschef warnte vor einem längeren Konflikt im Nahen Osten und kritisierte die Entscheidung Israels, die isolierte Enklave von Wasser und Strom zu trennen. Am fünften Tag des Krieges wurden bereits mehr als 2.000 Menschen getötet.

"Was werden die USA mit all ihren Booten und Flugzeugen auf dem Flugzeugträger machen, der hierher kommt?", fragte Erdogan. Seine Äußerungen erfolgten, nachdem die USA in der vergangenen Woche eine bewaffnete türkische Drohne abgeschossen hatten, die bei Luftangriffen gegen die von den USA unterstützten kurdischen Kämpfer in Syrien zu nahe an die amerikanischen Bodentruppen heran geflogen sein soll.

Israel hat die Türkei in der Vergangenheit beschuldigt, die Hamas zu unterstützen, die den Gazastreifen beherrscht. Die EU und die USA betrachten die Hamas als terroristische Vereinigung. Die Türkei tut dies nicht. Die USA und die Türkei sind NATO-Verbündete. Doch am späten Dienstagabend sprach Erdogan per Telefon mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über Möglichkeiten, eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern, wie die türkische Präsidentschaft [mitteilte](#).

Die jüngsten Äußerungen Erdogans drohen, die gerade erst einsetzende Entspannung in den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel schon wieder zunichte zu machen. Die Beziehungen waren im Jahr 2010 wegen eines tödlichen israelischen Angriffs auf eine zivile türkische Flottille, die pro-palästinensische Aktivisten nach Gaza brachte, auf einen Tiefpunkt gesunken.

Am Mittwoch hat Erdogan die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen als Massaker bezeichnet. Selbst im Krieg gebe es eine Moral, doch gegen diese sei seit den Angriffen am Wochenende verstoßen worden, sagt Erdogan vor seiner AK Partei im Parlament. "Menschen ihrer Grundbedürfnisse zu berauben und Häuser zu bombardieren, in denen Zivilisten leben, kurzum sich jedes schändlichen Mittels zu bedienen - das ist kein Krieg, das ist ein Massaker."

Erdogan und seine Regierung haben sich angeboten, in dem Nahostkonflikt zu vermitteln. Der israelische Botschafter in Ankara erklärte jedoch, dafür sei es zu früh.